



Über den sozialistischen Impetus der Rätebewegung in Österreich

Eine Dokumentation

HANS HAUTMANN

Es kracht schon seit Monaten hörbar im Gebälk des kapitalistischen Systems, und die Wirtschaftsmächtigen gemeinsam mit ihren politischen Handlangern werden wieder einmal die Krise auf Kosten der Masse der Menschen zu applanieren suchen. Die „Mitarbeiter“, sofern sie nicht gleich aufs Pflaster geworfen werden, sollen Lohnkürzungen hinnehmen, der Staat (sprich: die Zahler der Massensteuern) soll mit Milliardenbeträgen sowohl dem Geldkapital als auch dem „Realkapital“ – hinlänglich bekannt als der selbstlos wohlthätige „Schaffer der Arbeitsplätze“ – unter die Arme greifen, damit eine Wiederbelebung eintritt, die dann in eine erneute Konjunktur übergeht, die dann wie das Amen in der Kirche mit einer erneuten Krise endet, und so weiter ad infinitum.

In solchen Zeiten ist es nützlich, daran zu erinnern, dass es zum bloßen Hinnehmen der Zumutungen seitens der Herrschenden auch Alternativen gibt. Die Geschichte der Klassenkämpfe in unserem Land kennt dafür Beispiele genug. Eines der anschaulichsten und lehrreichsten ist das Wirken der Arbeiter- und Soldatenräte in den Anfangsjahren der Ersten Republik. Darüber hat der Autor vor 21 Jahren ein Buch im Umfang von 800 Seiten veröffentlicht.¹ Im Rahmen dieses Beitrags beschränken wir uns auf solche Quellenbelege, die von Anhängern der Sozialdemokratie stammen und deren antikapitalistische Haltung verdeutlichen. Liest man sie, dann verwundert es nicht, dass das tunlichste Vergessenmachen, Verschweigen und Vertuschen dieses Teils der österreichischen Vergangenheit für unsere Machteliten nach wie vor ein striktes politisches Gebot ist.

Ein Forderungskatalog

Am 1. Februar 1919 verabschiedete der Arbeiterrat in Wels in Oberösterreich eine Protestresolution, in der die

Erbitterung der Arbeiterschaft über die Zustände im Ernährungswesen drastisch zum Ausdruck kam. Es handelt sich hier um ein Dokument, das einfache Menschen formulierten, ohne kunstreiche Geschliffenheiten in Satzbau und Stil, dafür umso authentischer den proletarischen Sprachduktus bezeugend: „Die heute am 1. Februar in Wels versammelte industrielle Arbeiterschaft, welche an der Grenze ihrer Leistungs- und Lebensmöglichkeit angelangt ist, erhebt nachfolgenden Protest und verlangt energischste Durchführung folgender Punkte:

1. Rücksichtslose Bekämpfung des gewerbmäßigen Schleichhandels mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln.

a) Verfall der Ware zu Höchstpreisen.

b) Strengste Bestrafung der oder mehrerer Personen in Geld und Kerker.

c) Die lückenlose Kontrolle bei Tag und Nacht in Bahnhöfen, auf Zugangsstraßen und Wegen des Stadtgebiets.

d) Einführung des Kontrollblockes bei Abnahme der Ware von Seiten der bestellten Organe sowie die Einsichtnahme der Arbeitervertrauensmänner, wann, wo und wie viel verausgabt wird. / (...)

3. Wir erheben Protest gegen die Anhäufung von Lebensmitteln bei den Bürgerlichen infolge des Schleich- und Tauschhandels auf Kosten der breiten Volksmasse. Wir verlangen die unbedingte Erfassung der Mehlvorräte in Stadt und Land sowie deren gerechte Verteilung, da Mehl im Schleichhandel genügend vorhanden ist.

4. Wir verlangen, ins solange die Arbeiterschaft nicht besser versorgt ist, die unbedingte Einschränkung der Mehilverpflegung in Gasthäusern, eventuell die Einführung der Gasthauskarte nach deutschem Muster. Wir erheben Protest gegen die unbeschränkte Ausspeisung, besonders bei Hochzeiten, Kränzchen und dergleichen Anlässen in der Stadt und den Landbezirken von Wels.

5. Wir protestieren gegen die schlechte

Versorgung mit Fleisch sowie gegen die fallweise Hinterziehung der ohnehin schon knappen Rationen. Wir verwahren uns abermals gegen die Bevorzugung der Reichen mit Fleisch, Innereien und dergleichen sowie gegen die Erzeugung von Luxuswurst. Wir fordern die strengste Überwachung der Gast- und Kaffeehäuser, die dem Schleichhandel dienen.

6. Wir protestieren gegen die dermalige Zusammensetzung der Zentralen und Viehverwertungsstellen, die dem Schleichhandel en gros dienen. Wir fordern daher die teilweise Besetzung mit Arbeitervertretern.

7. Wir verlangen im Interesse der Gesundheit der Arbeiter eine ständige Brotkontrolle gegen die schlechte Backung und Mischung von Seiten der Erzeuger. / (...)

9. Wir verlangen die rascheste Beschaffung von billigen Brennmaterialien für die Arbeiterschaft unter eventueller Heranziehung aus den Lagerbeständen des vormaligen Militärärars, da selbes vom Volk bezahlt wurde.

10. Wir protestieren gegen die ständige Verschlechterung der Milchlieferungen von Seiten der Landwirtschaft und verlangen deren unnachsichtige Durchführung, da erwiesenermaßen Milch, Rahm und Butter im Schleichhandel in Mengen geliefert wird.

11. Wir protestieren gegen die bestehenden Preise aller Konsumartikel sowie gegen die unerhörten Preise, welche von Seiten der Landwirte nebst Tausch für ihre Produkte verlangt werden; derartige Habsucht treibt die Bevölkerung dem Ruin entgegen. / (...)

13. Wir fordern die eheste Freimachung aller zweckdienlichen Objekte und Gebäude für Arbeiterwohnungen, um dem krassen Wohnungselend gegenzusteuern.

14. Wir protestieren auf das Entschiedenste gegen die noch dermalige Besetzung der Bezirkshauptmannschaft und fordern die Entfernung der Herren Döring und Schönborn.

Die Arbeiterschaft erblickt in diesen Verlangen eine gerechte Forderung im neuen demokratischen Staat, nach fünfjährigen Entbehrungen aller Art unter Hintansetzung von Leben und Gut im Interesse der Gesamtheit, zum Schutz ihrer Stellung und Würde und hat in langen Geduldproben ihre Ruhe in Gesamtheit bewahrt, hofft aber auch auf Verständnis aller gut gesinnten Stände, zum Schutz der jungen Republik des neuen Staates Deutschösterreich.“²

Stimmen auf der 1. Reichskonferenz der Arbeiterräte

Drei Tage nach dem Welser Beschluss, am 4. Februar 1919, entlud sich in Linz die unerträgliche materielle Not der arbeitenden Menschen, zusätzlich angeheizt durch schamlose Preistreibeinheiten der „Landstraßenbourgeoisie“, in Demonstrationen und schweren Unruhen. Zahlreiche Geschäfte auf der Linzer Landstraße wurden geplündert. Am 22. Februar 1919 kam es auch in Graz zu einer Revolte von Kriegsinvaliden, Heimkehrern und Arbeitslosen mit Straßenkämpfen, die vier Tote und dreizehn Schwerverletzte forderten. Eine erneute Welle scharfer Klassenauseinandersetzungen kündigte sich an, und die österreichische Revolution ging in ihre sozialrevolutionäre Phase über. Die Sozialdemokratische Partei entschloss sich nun, die Arbeiterräte zusammenzufassen, zu reorganisieren, auszubauen und zu einem „Forum der gesamten Arbeiterklasse“, zum „Parlament proletarischer Demokratie“ politisch aufzuwerten.

In seiner Eröffnungsrede auf der 1. Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs, die am 1. und 2. März 1919 im Arbeiterheim Favoriten stattfand, sagte der Parteivorsitzende Karl

Seitz: „Wir stehen heute gegenüber einem allgemeinen Drängen der Arbeiterschaft nach Änderung des Bestehenden. Ich spreche da nicht von den geschulnten Sozialisten, die sehr weit links stehen, sondern von dem Drängen der Massen des Volkes. Es ist nicht begründet in einer Lehrmeinung oder in revolutionärem Temperament. Es entspringt der Stimmung der großen Volksmassen, nicht nur der Industriearbeiter; es geht weit hinein in Schichten, die man bisher zur Bourgeoisie gerechnet hat, und in die Reihen der Träger neuer politischer Kraft, der Frauen. Sie alle wollen, dass die Sozialdemokratie gründlich aufräume und Neues an die Stelle des Alten setze.“³

Das war etwas indirekt und eher anspielend formuliert. Deutlicher wurden die sozialdemokratischen Basisdelegierten. Dazu nur vier Redepassagen.

Mayerhofer aus Steyr: „Es gärt in der Provinz gewaltig. (...) Draußen verlangt man stürmisch die Diktatur des Proletariats, weil wir jahrhundertlang unter der Diktatur der Gegner gestanden sind.“

Ferencz aus Wien: „Die Massen fühlen, dass sie zuviel gelitten haben, sie wollen die Sozialisierung, die rasche und die volle Sozialisierung. Alles, was Produktionsmittel ist, muss den Arbeitern gehören.“

Bichler aus Wien: „Es wird uns von den führenden Genossen etwas verschwiegen. Der Sozialismus ist bereits geboren, das soll man nicht verschweigen. Die Möglichkeit seiner Durchführung ist bereits da. (...) Das Unrecht muss rasch beseitigt werden. Diktatur des Proletariats!“

Kloß aus Liesing: „Dass der Bolschewismus in Deutschland immer weitere Kreise zieht, soll unseren Blick nicht trüben. Wir wollen gemeinsam mit ihnen für

den Sozialismus kämpfen. (...) Heute fragt sich jeder Arbeiter: ‚Sollst du weiter für den Kapitalisten arbeiten?‘“⁴

Unter dem Eindruck solcher Reden wurde auch Karl Seitz in seinem Schlusswort offener: „Wir waren nie Männer der schwachen Worte und leeren Drohungen. (...) Wenn es uns nicht gelingt, die Sozialisierung rasch zu machen unter Mitarbeit der Bauern, dann wird es auf anderem Wege gemacht durch die Diktatur des Proletariats. (...) Es kann einer in seinem Inneren ein Gegner der Diktatur sein, mit seinem ganzen Herzen dagegen sein, und er wird sich doch sagen müssen: Es gibt nur zwei Wege – entweder den Weg des Sozialismus mit den anderen oder durch das Proletariat allein. Das Bürgertum hat die Wahl, den einen Weg oder den anderen zu wählen.“⁵

Die politische Resolution

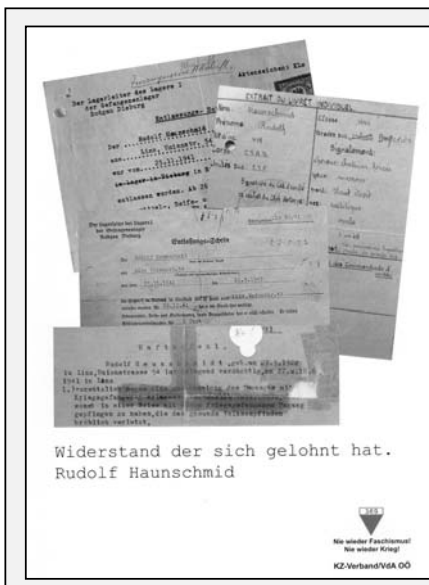
Noch schärfer war die politische Entschließung der 1. Reichskonferenz der Arbeiterräte gehalten: „Der militärische und politische Zusammenbruch der Mittelmächte hat auch die kapitalistische Wirtschaftsordnung erschüttert. Sie erweist sich täglich mehr außerstande, ihren Opfern Brot und Arbeit und damit die nackte Existenz zu sichern.

Der Sturz der alten politischen Gewalten und die Errichtung der Republik, die die politische Befreiung bringen soll, sind nicht das Ende, sondern erst der Anfang der Umwälzung. Der Sozialismus, der allein das Wirtschaftsleben wieder aufbauen und die wirtschaftliche Freiheit verwirklichen kann, ist zur Notwendigkeit für die ganze Gesellschaft geworden. (...)

Die Konferenz ruft die Arbeiterklasse auf, ihre ganze Kraft einzusetzen für die Verwirklichung ihrer Grundforderung: Der Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsordnung.“⁶

Ein Gruß an Räteungarn

Am 21. März 1919 wurde in Ungarn die Räterepublik proklamiert. In dem Aufruf „An Alle!“ gab der Budapester „Revolutionäre Regierungsrat“, bestehend aus Sozialdemokraten und Kommunisten, der Welt den Machtwechsel bekannt und rief insbesondere die Arbeiterschaft Österreichs und Deutschlands auf, dem ungarischen Beispiel zu folgen. Der Reichsvollzugausschuss der österreichischen Arbeiterräte verabschiedete darauf eine von Friedrich Adler verfasste Antwort, in der die Unmöglichkeit des Nachvollzugs mit der totalen Abhängigkeit Österreichs von Lebensmittellieferungen aus den Ententeländern begründet wurde,



Widerstand der sich gelohnt hat

Rudolf Haunschmid

Regie: Simon Loidl und Peter März, Laufzeit ca. 44 Min., Ö 2008

Rudolf Haunschmid war Widerstandskämpfer, langjähriger Gewerkschafter und Gemeinderat der KPÖ in Linz. In dieser vom KZ-Verband/VdA Oberösterreich produzierten DVD erzählt er über sein Leben und seine Tätigkeit im Widerstand und gegen das Vergessen.

Die DVD kann zum Preis von 10.– Euro über den KZ-Verband bezogen werden (www.kzverband-ooe.at).

in der es aber zum Schluss hieß: „*All unsere Wünsche sind bei euch. Mit heißem Herzen verfolgen wir die Ereignisse und hoffen, dass die Sache des Sozialismus siegen wird. Kampfbereit stehen auch wir, gewillt zu erfüllen, was die geschichtliche Notwendigkeit fordern wird. / Es lebe die internationale Arbeitersolidarität! / Es lebe der Sozialismus!*“⁷

Eine Stellungnahme zum Eisenbahnerstreik

Vom 26. bis 28. März 1919 streikte in Wien, Wiener Neustadt, Bruck an der Mur, Graz und anderen Städten das gesamte Personal der Südbahn, Ostbahn, Aspangbahn, Westbahn, Franz-Josephs-Bahn, Nordwestbahn, Nordbahn und Pressburger Bahn. In der Erklärung des Streikkomitees hieß es, dass die „hungernden und in Verzweiflung befindlichen Massen das Vertrauen verloren“ hätten und sie „dem Elend ein rasches Ende bereiten“ wollten.⁸ Der Leitartikel der *Arbeiter-Zeitung* bewertete den Ausstand folgendermaßen: „*Denn im letzten Grunde geht auch dieser Streik aus derselben Quelle hervor wie alle anderen sozialen Kämpfe unserer Zeit: daraus, dass die kapitalistische Ordnung den Volksmassen unerträglich geworden ist, dass die Volksmassen nach neuer Ordnung ihrer Arbeit, nach Selbstregierung in den Betrieben drängen. Wehe dem Staat, der diesem unwiderstehlichen Drang nicht rechtzeitig und klug nachzugeben versteht!*“⁹

Therese Schlesinger über das Rätesystem

Therese Schlesinger (1863–1940) war seit 1897 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und in der Folgezeit eine der führenden Funktionärinnen im Bereich der Frauen- und Bildungsarbeit. Am 4. April 1919 schrieb sie im theoretischen Organ der Partei:

„*In der Glut des ungeheuren Erlebens unserer Zeit vermehren sich aber die Träger dieses Willens in der rapidesten Weise und zahllose Männer und Frauen, die am 16. Februar¹⁰ noch einer bürgerlichen Partei ihre Stimme gaben, wollen heute schon mit ganzer Seele den Sozialismus. Das Rätesystem aber ist dazu berufen, dieses stürmisch anwachsende sozialistische Wollen wirksam zum Ausdruck zu bringen und dadurch die Nationalversammlung unwiderstehlich vorwärts zu treiben. (...)*

Der stets wachsende Druck, den die Despotie der Ententemächte politisch auf uns ausübt, die immer unerträgli-

cher werdende Not und dazu das anfeuernde Beispiel durch das ungarische Proletariat bewirken, dass heute schon der Drang, zu den energischsten revolutionären Mitteln zu greifen, in der Arbeiterschaft Deutschösterreichs ein sehr mächtiger ist. Sie ist der Diskussionen und Kompromisse mit den Gegnern gründlich überdrüssig geworden, seit sie sich die Macht zuzutrauen begonnen hat, diesen ihren gerechten Willen aufzwingen zu können.“¹¹

Die Soldatenräte melden sich zu Wort

Die 2. Reichskonferenz der Soldatenräte Deutschösterreichs, die am 5. und 6. April 1919 in Wien tagte, verabschiedete folgende EntschlieÙung: „*Die Reichskonferenz übermittelt dem Proletariat aller Länder BrudergrüÙe und fordert die Arbeiter der Ententeländer auf, ihre Regierungen zu verhindern, dass sie unserer Entwicklung immer neue Schwierigkeiten in den Weg legen. Die Reichskonferenz steht auf dem Boden der sozialistischen Republik und erwartet von den Volksbeauftragten Deutschösterreichs, dass sie unverzüglich an jene unaufschiebbaren Aufgaben schreiten, die unsere Zeit dringend erheischt.*“¹²

„Eine ernste Warnung“

Unter diesem Titel stand ein Aufruf des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte, den Friedrich Adler verfasste und der am 1. Mai 1919 veröffentlicht wurde: „*Mit Entschlossenheit und Disziplin haben die Arbeiterorganisationen Deutschösterreichs immer wieder dahin gewirkt, dass die revolutionären Umwälzungen, die der Krieg notwendig zur Folge haben muss, auf dem Wege der Verhandlungen durch gesetzliche Festlegung der neuen Formen erfolgen. Wir warnen aber die bürgerlichen Parteien davor, diese Selbstbeherrschung des Proletariats falsch zu deuten. Es lebt in ihm die unerbittliche Entschlossenheit, den Schritt zum Sozialismus (...) auch tatsächlich zu machen. Daran kann die Arbeiterschaft durch irgendwelche Zufälle der Arithmetik nicht gehindert werden. Dass in den Ausschüssen der Nationalversammlung eine bürgerliche Mehrheit vorhanden ist, kann nichts an der Tatsache der realen Machtverhältnisse im Staate ändern. Das Proletariat fühlt sich als die entscheidende Klasse im Staate und ist entschlossen, den ihr gebührenden Einfluss unter allen Umständen in Anspruch zu nehmen und sich nicht von den paar Vertretern des ausbeuterischen*



Therese Schlesinger (1863–1940)

Kapitalismus in der Nationalversammlung seiner Rechte berauben zu lassen.

Das Proletariat bewahrt seine Ruhe in der Überzeugung, dass es ernst werden soll mit der Sozialisierung (...) Die Regierungsvorlage, die wesentlich auch unter dem Einfluss des Ausbeutertums zustande gekommen ist, stellt das Minimum dar, das zu fordern ist (...) Wir warnen daher die bürgerlichen Parteien vor dem verbrecherischen Plane, die Regierungsvorlage über die Sozialisierung in irgendeiner Weise im Sinne der Profitinteressen des Kapitals zu verändern oder auch nur die Verhandlungen zu verschleppen. Insbesondere wird die Entscheidung über die Enteignung uns darüber Klarheit verschaffen, ob wir von dieser Nationalversammlung erhoffen dürfen, dass sie den Ernst der Zeit versteht und die unerbittliche Entschlossenheit des Proletariats zu erkennen vermag.“¹³

Was ist sozialistische Demokratie?

Die im Aufruf enthaltene Passage von den „Zufällen der Arithmetik“ löste bei den bürgerlichen Parteien helle Empörung aus. In Antwort darauf schrieb Friedrich Adler am 10. Mai 1919: „*Nun, wo das Proletariat in seine entscheidenden Kämpfe eintritt, wo es sich nicht nur um die Demokratie, sondern um den Sozialismus handelt, ist es Zeit, sich bewusst zu sein, dass es im sozialistischen Sinne nur um eine Demokratie der Arbeitenden gehen kann. Nicht nur der alte Satz: ‚Wer nichts arbeitet, soll auch nichts essen!‘ ist Maxime sozialistischen Denkens, sondern ebenso sehr die Forderung: Wer nichts arbeitet, hat auch nichts dreinzureden!*“¹⁴

Ein nicht alltägliches Organisationsstatut

Statuten von Vereinigungen sind üblicherweise eine trockene, sich auf formale Regeln beschränkende Angelegenheit. Das von der 2. Reichskonferenz der Arbeiterräte am 3. Juli 1919 beschlossene Organisationsstatut unterschied sich davon erheblich:

„1. *Wesen und Aufgabe*

Die Arbeiterräte sind eine Klassenorganisation des Proletariats. Sie sollen den Willen und die Macht der klassenbewussten Arbeiterschaft, die in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel und im Klassenkampf das Mittel ihrer Emanzipation erkennt, verkörpern. Die Arbeiterräte sind daher ein Instrument gemeinsamer Aktion des Proletariats aller Richtungen innerhalb des Sozialismus. / (...)

3. *Wahlrecht und Wählbarkeit*

Zur Wahl in den Arbeiterrat sind alle in Stadt und Dorf ohne Unterschied der Tätigkeit, des Alters oder Geschlechtes berufen, die arbeiten und sich zur Arbeiterklasse zählen, einschließlich der arbeitslos oder arbeitsunfähig Gewordenen. / (...)

Wählbar sind nur jene, die ihrer Gewerkschaft, sofern eine solche besteht, und seit mindestens sechs Monaten (Heimkehrer seit mindestens drei Monaten) einer sozialistischen Partei angehören und das 18. Lebensjahr überschritten haben.

Der Privateigentümer eines Betriebes ist in diesem weder wahlberechtigt noch wählbar.“¹⁵

Der Linzer Arbeiterrat zum Generalstreik am 21. Juli 1919

Im Juni und Juli 1919 rief die Kommunistische Internationale die Arbeiterschaft der ganzen Welt zu Solidaritätsaktionen für die von der Konterrevolution bedrohten Räterepubliken in Sowjetrußland und Ungarn auf. Der Appell fand auch in Österreich breiten Widerhall. Am 21. Juli 1919, einem Montag, erlebte Wien eine der größten Massenkundgebungen seiner Geschichte. Der Generalstreik, der auf Beschluss des Wiener Kreisarbeiterrats stattfand, war lückenlos. Auch im Wiener Becken von Schwechat über Wiener Neustadt bis Ternitz, im Ybbstal, in Linz, Steyr und Wels, in Stadt und Land Salzburg und in Vorarlberg (Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz) wurde gestreikt. Welche Gefühle die österreichischen Arbeiter und Arbeiterinnen damals beseel-



Demonstration des Wiener Arbeiterrates gegen den Kapp-Putsch, März 1920.

ten, zeigt das Flugblatt, das der Linzer Arbeiterrat herausgab:

„Der Vormarsch gegen Rußland und Ungarn und deren Niederwerfung steht bevor. Über den Leichnamen der beiden Staaten will der Kapitalismus die Fahne der Willkür und Herrschsucht neuerdings aufpflanzen und die Herrschaft über die ganze Menschheit wieder aufrichten.

Die klassenbewusste Arbeiterschaft der ganzen Welt aber kämpft gegen die Wiederaufrichtung dieser Kapitalistenherrschaft und für die Erringung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wir bekunden daher auch durch die Arbeitsruhe unsere Solidarität mit der Internationalen, indem wir dem Worte Gefolgschaft leisten: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! / Der Arbeiterrat“.¹⁶

Aus der Prinzipienklärung der SARA

Im Sommer/Herbst 1919 kam es zur Gründung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte (SARA), die in linker Opposition zur Linie der Parteiführung und ihrer Koalitionspolitik mit den Christlichsozialen stand. Ihr gehörten als prominenteste Exponenten Otto Leichter, dessen spätere Ehefrau Käthe Pick, Rudolf Goldscheid, Josef Frey, Alexander Täubler, Ernst Fabri, Franz Rothe, Josef Benisch, Heinrich Ferencz und andere an. In der von ihr am 14. Oktober 1919 veröffentlichten Prinzipienklärung hieß es:

„Die Angehörigen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte sind Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und wirken auf ihrem Boden für folgende Grundsätze:

1. Das Ziel der sozialen Revolution ist die planmäßige, vollständige und möglichst rasche Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn das Proletariat die politische Macht ergreift und sich als herrschende Klasse konstituiert. Das tauglichste Kampfmittel zu diesem Zwecke sind die revolutionären Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. / (...)

4. Die richtigste Vorbereitung des Sieges der Arbeiterklasse sehen wir im planmäßigen Ausbau des Räteystems einschließlich der Betriebsräte. Diese Räte haben schon heute jene Aufgaben, insbesondere auf dem Gebiete der Verwaltung, zu übernehmen, zu denen die Bürokratie und die parlamentarischen Körperschaften nicht die Fähigkeit, die Macht oder den Willen besitzen. Sie haben sich aber auch zielbewusst darauf vorzubereiten, im gegebenen Moment diese Faktoren ersetzen zu können.“¹⁷

Ein Arbeitsprogramm aus Oberösterreich

Dem Linzer Arbeiterrat, bereits im Dezember 1917 illegal gegründet und sich am 14. November 1918 erneut konstituierend, kam im Rahmen der gesamtösterreichischen Rätebewegung stets eine herausragende Stellung zu. Er förderte unter der Leitung von Richard Strasser, eines profiliert linken sozialdemokratischen Arbeitervertrauensmannes aus der Linzer Schiffswerft, tatkräftig und entschlossen die Selbstinitiative der Massen.¹⁸ Auch sein Nachfolger seit Mai 1920, Richard Bernaschek – jener, der am 12. Februar 1934

das Signal zum Aufstand gegen die Faschisierung Österreichs setzen sollte –, behielt diese Linie bei. Aus seiner Feder stammt das *Arbeitsprogramm des oberösterreichischen Landesarbeiterrats* vom Dezember 1920, mit dem wir die Dokumentation abschließen wollen:

„Aufgabe des Arbeiterrates ist, alle gründlichen Vorbereitungen zu treffen, um den Übergang aus der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung möglichst rasch und zielsicher durchführen zu können.

Die Sammlung, Organisation und Schulung aller revolutionären Kräfte des Proletariats ist hiezu eine Vorbedingung.

Um das Proletariat wehrhaft zu erhalten, hat der Arbeiterrat auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens jetzt schon alle zweckdienlichen Mittel anzuwenden, damit die physische und geistige Kraft geschärft und gesteigert wird.

Deshalb teilen sich die Aufgaben des Arbeiterrates in solche, welche der gegenwärtigen Lage der Arbeiterschaft Rechnung tragen und in Aufgaben, welche auf die zukünftige Gestaltung der Wirtschaftsordnung gerichtet sind.

In der Erfüllung dieser Aufgaben sind daher folgende Richtlinien bindend:

I. Propagierung des Rätessystems:

a) In allen Versammlungen und in der Presse ist mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, dass nur die Übernahme der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterschaft, das ist die Diktatur des Proletariats, die Rettung aus dem Zusammenbruch bringen kann.

b) Diese Propaganda ist auch auf die Provinz auszudehnen und deshalb mit den landwirtschaftlichen Arbeitern eine innige Verbindung herzustellen.

c) Überall, wo die Möglichkeit gegeben ist, sind Arbeiterräte zu gründen, um der Machtposition des Klerikalismus eine solche des revolutionären Proletariats gegenüber zu stellen.

II. Erhaltung und Stärkung der Aktionsfähigkeit des Proletariats:

a) Der Arbeiterrat sieht in jeder Spaltung eine Gefährdung der Aktionsfähigkeit des Proletariats. Deshalb ist die Sammlung aller revolutionären proletarischen Parteien eine Unerlässlichkeit, da der Arbeiterrat ein Instrument gemeinsamer Aktion des Proletariats sein muss.

b) Verschärfungen bestehender Gegensätze sind unter Zuziehung des Arbeiterrates zu verhindern.

c) Die enge Verbindung mit der gesamten bewaffneten Macht des Staates (Bundesheer, Gendarmerie und Polizei), das sind Proletarier im Waffenrock, ist aufrecht zu erhalten, und für die Aufklärung in ihren Reihen zu sorgen.

III. Schulung der Arbeiterräte:

a) Diese programmatische Erklärung wird im Einvernehmen mit den Bezirks-



Richard Bernaschek (1888–1945)

arbeiterräten zu einem bindenden Programm im Bereich des Landesarbeiterrates Oberösterreich gemacht.

b) Zur restlosen Erfassung des Programms und Vertiefung des sozialistischen Wissens sind Vorträge und Kurse zu veranstalten und deren Besuch zu propagieren.

c) In diesen, sowie im Plenum des Arbeiterrates sind alle aktuellen politischen und wirtschaftlichen Probleme zu erörtern.

IV. Erhaltung der Errungenschaften der Republik:

a) Vor allem ist mit unentwegter Zähigkeit an dem Achtstundentag festzuhalten, ebenso an der Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsvermittlung, den Schutzgesetzen für Bergarbeiter etc.

b) Das Gesetz über die Betriebsräte und die Arbeiterurlaube darf auf keinen Fall umgangen werden.

c) Jede Umgehung oder Nichteinhaltung ist dem Arbeiterrat sofort zu berichten.

d) Auf die Gleichheit vor dem Gesetz

ist besonderes Augenmerk zu richten.

V. Politische Verwaltung:

a) In allen Verwaltungszweigen haben die Arbeiterräte zu fordern, dass sie demokratisch und rasch arbeiten.

b) Die bürokratische Verwaltung ist ohne Energie und schleppend, wenn es gilt, dem Proletarier zu helfen. Deshalb haben die Arbeiterräte die Pflicht, auf die Verwaltung Einfluss zu nehmen. Dies wird nach dem Bundesverfassungsgesetz auch leichter möglich sein.

VI. Wirtschaftliche Aufgaben:

Zur Einführung der sozialistischen Planwirtschaft sind sofort folgende Aufgaben durchzuführen:

a) Organisation der Betriebsräte nach Wirtschaftszweigen in jedem politischen Bezirk. Organisatorisch hat dann der weitere Aufbau zu erfolgen. Diese in Wirtschaftszweigen organisierten Betriebsräte haben jetzt schon auf die gesamte Produktion Einfluss zu nehmen.

b) Eine genaue Statistik über den Bedarf der wichtigsten Bedarfsartikel ist anzulegen.

c) Die Rohstoffbeschaffung, die Erzeugung und der Absatz der Fertigwaren ist zu überwachen.

d) Auf die Einschränkung oder Erweiterung des Betriebes und der Produktion ist Einfluss zu nehmen.

VII. Zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage:

a) Die gerechte Forderung, dass ohne Durchführung der Vermögensabgabe die neue Einkommensteuer von der Arbeiterschaft nicht entrichtet werden kann, ist mit allen Mitteln zu unterstützen.

b) Eine Kontrolle der Geschäfte auf Preistreiberei und Wucher hat neuerdings verschärft einzusetzen.

c) Zur Kontrolle der wegen Preistreiberei verhängten Strafen ist eine Statistik anzulegen, weil die Urteilsfällung mit dem Strafvollzuge in keinem Einklang steht.

Neuerscheinung

Gerhard Oberkofler:

Nikolaus Grass

Einige wissenschaftliche Miniaturen aus Briefen und seine Korrespondenzen mit dem Prager Juden Guido Kisch

Innsbruck, Wien, Bozen:
StudienVerlag 2008

528 S., zahlr. Abb., 39,90– Euro
Bestellungen: wzv@gmx.at

d) Ebenso ist die Verteilung der Lebensmittel und der sonstigen notwendigen Bedarfsartikel zu kontrollieren.

e) Gestaffelte Preise nach dem Einkommen und Vermögen sind mit allem Nachdruck anzustreben.

f) Bei Lieferungsverweigerung ist die Beschlagnahme aller Vorräte an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln für die Arbeitenden sofort durchzuführen.

VIII. Allgemeine Fürsorge:

a) Zur menschenwürdigen Unterkunft der arbeitenden Familien sind alle unzulänglich benützten Wohn- und für die Allgemeinheit nicht notwendigen Geschäftsräume anzufordern.

b) In sämtlichen Wohnungskommissionen haben die Arbeiterräte für die Interessen der Arbeiterschaft mit aller Schärfe einzutreten.

c) Eine Kontrolle der schlechten Arbeitsstätten und Wohnungen ist durch die Arbeiterräte von Zeit zu Zeit, bei Anzeige sofort, vorzunehmen.

d) Ein ständiger Hilfsdienst für alle Armen und Notleidenden ist einzurichten.

e) Schutz und Beistand den Eltern und Kindern, welche trotz der Schulreform in der Schule Schikanen ausgesetzt sind.

IX. Zum Schutze gegen die Reaktion:

a) Überall, wo Arbeiterräte bestehen, ist eine Arbeiterwehr zu gründen.

b) Gegen alle Eventualitäten der bewaffneten Reaktion ist Vorsorge zu treffen, um dadurch jeden Angriff rasch und energisch abwehren zu können.¹⁹

Daran, dass es die massenhaft politisierte, radikalisierte, auf die Errichtung einer sozialistischen Ordnung drängende Arbeiterschaft war, die 1918/19 die Entwicklung in Österreich vorantrieb, hat sich die herrschende Klasse niemals gerne erinnert. Denn sie weiß recht gut, wie akut damals die Gefahr war, von den mobilisierten und gegen die Verhältnisse aufstehenden Volksmassen in den Abgrund gestoßen zu werden. Dass wir Österreicher und Österreicherinnen auch eine solche Tradition besitzen, darauf können Menschen, denen der Zeitgeist des kapitalistischen Neoliberalisierungswahns widerstrebt und der sie anekelt, nicht nur stolz sein, sondern auch Schlussfolgerungen für die Gegenwart und Zukunft ziehen.

Anmerkungen:

1/ Hans Hautmann, Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924 = Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien–Zürich 1987.

2/ Oberösterreichisches Landesarchiv Linz,

Neuerscheinung

Hans Hautmann (Hg.): „Wir sind keine Hunde“. **Das Protokoll des Arbeitertages vom 5. November 1916 in Wien.** Mit einem Anhang: „Zur Naturgeschichte des Eisenkartells“.

Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2009 (Quellen & Studien, Sonderband 11), ca. 100 S., 8,- Euro

Die in der Publikation wiedergegebenen Dokumente, stammend aus der Zeit des Ersten Weltkriegs, sind in ihrer Art einzig dastehende Zeugnisse dafür, zu welchen Ergebnissen ökonomische Machtverhältnisse, durch staatliche Zwangsgesetze untermauert und begünstigt, führen können. Ihre Auswirkungen trafen mit voller Härte die arbeitenden Menschen in einem Gesellschaftssystem, das damals bei uns herrschte, und das, nach Überwindung seines dreißigjährigen Intermezzos als Sozial- und Wohlfahrtsstaat, heute in Österreich wieder zur Normalität zurückkehrt.

Das erste, längere Dokument, bereits 1920 veröffentlicht, aber längst schon vergessen und unbekannt, enthält die Berichte von Gewerkschaftsfunktionären über die Zustände in den militarisierten Industriebetrieben. Sie sind eine derart schreiende Anklage gegen den Krieg und das kapitalistische System, dass sie sogar in ein Hauptwerk der Weltliteratur des 20. Jahrhunderts eingingen: in die „Letzten Tage der Menschheit“ von Karl Kraus. Das zweite, kürzere Dokument ist ein seltenes und überaus lehrreiches Beispiel dafür, wie hinter verschlossenen Türen Konzernchefs, ganz unter sich, aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen.

In der Einleitung des Herausgebers werden die beiden Dokumente in ihren historischen Kontext gestellt, die Ursachen und Folgen des Arbeitertages 1916 beschrieben sowie Schlussfolgerungen in Richtung einer längst überfällig gewordenen Revision des herrschenden Geschichtsbildes von der Habsburgermonarchie, aber auch zur Einschätzung heutiger kapitalistischer Verhältnisse gezogen.

Faszikel 78, Ap. 1174/3231–19 II/3. Forderungsprogramm des Arbeiterrates Wels vom 1. Februar 1919.

3/ *Arbeiter-Zeitung*, 2. März 1919, S. 3.

4/ Ebenda, 2. März 1919, S. 3f.; 3. März 1919, S. 2.

5/ Ebenda, 3. März 1919, S. 3.

6/ Ebenda.

7/ Ebenda, 23. März 1919, S. 1.

8/ Ebenda, 28. März 1919, S. 2.

9/ Ebenda, S. 1.

10/ Am 16. Februar 1919 fand die Wahl in die Konstituierende Nationalversammlung statt. Die Sozialdemokratie wurde mit 40,76 Prozent der Stimmen zur stärksten Partei, gefolgt von den Christlichsozialen (35,93 Prozent) und den Deutschnationalen (18,36 Prozent). Die Kommunistische Partei boykottierte die Wahl. Erstmals hatten in Österreich auch Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Therese Schlesinger gehörte zu den ersten Frauen, die damals in das Parlament als Abgeordnete einzogen.

11/ Therese Schlesinger, Das Räte-system in Deutschösterreich, in: *Der Kampf*, 12. Jg., Nr. 4, Wien 1919, S. 181f.

12/ *Arbeiter-Zeitung*, 7. April 1919, S. 4.

13/ Ebenda, 1. Mai 1919, S. 2.

14/ Friedrich Adler, Die Zufälle der Arithmetik und das Schicksal der Sozialisierung, in: *Der Kampf*, 12. Jg., Nr. 6, Wien, 10. Mai 1919, S. 259.

15/ Organisationsstatut der Arbeiterräte Deutschösterreichs. Beschlossen von der 2. Reichs-

konferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs am 3. Juli 1919, S. 1f.

16/ Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung Wien, Arbeiterrat, Sammlung Oberösterreich, Mappe 14, Nr. 43.

17/ Josef Benisch, Die Aufgaben der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte, in: *Der Kampf*, 12. Jg., Nr. 36, Wien 1919, S. 798.

18/ Hans Hautmann, Als Arbeiter und Soldaten mitregierten. Ein Rückblick auf die Rätebewegung in Linz, in: Franz Kain/Hans Hautmann/Leo Furtlehner, Verdrängt, vergessen, verschwiegen. Beiträge zum 500-Jahr-Jubiläum der Stadt Linz, Linz 1990, S. 45f.

19/ Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung Wien, Arbeiterrat, Sammlung Oberösterreich, Mappe 14, Nr. 72.

Generalversammlung

der Alfred Klahr Gesellschaft

Samstag, 17. Jänner 2009

Café-Restaurant Caktus II
Pernerstorfergasse 9,
Extrazimmer, 1100 Wien

Beginn: 15.30

**Frist für die Einbringung
schriftlicher Anträge ist der
3. Jänner 2009.**

Der junge Thomas Schönfeld

Kindheit in Wien. Vertreibung, im Kampf für Österreich, Chemiestudium (1923–1950)¹

GERHARD OBERKOFER/PETER GOLLER

Thomas Schönfelds Eltern: Bruno Schönfeld (1881–1955) und Edith Schönfeld (1890–1981)

Bruno Schönfeld wurde am 5. Juni 1881 in Wien, Malzgasse 7, als Sohn der aus Lemberg in Galizien stammenden Kaufleute Isak Munisch Schönfeld und Sarah Allerhand geboren. Am 23. Juni 1910 trat Bruno Schönfeld aus der Israelitischen Kultusgemeinde aus, in den zwanziger Jahren verließ er nach seiner Scheinkonversion die evangelische Religionsgemeinde Augsburgischer Bekenntnisses. Am 18. Juni 1912 wurde der in Wien II, Praterstraße 14 ansässige Bruno Schönfeld in die Liste der Hof- und Gerichtsadvokaten bei der niederösterreichischen Anwaltskammer eingetragen.

Neben seiner Anwalts- und Vortragstätigkeit in der fortschrittlichen Volkshochschulbildung publizierte Schönfeld zu sozialwissenschaftlichen Fragen. In der US-Emigration sollte er dann als „Lecturer at Columbia University Extension“ über „the social Background of two World Wars“ oder über „The Sociology of War“ lehren. Ähnliche Vorlesungen hielt Bruno Schönfeld an der University of Minnesota, Minneapolis oder an der Drew University in Madison, New Jersey.

Befreundet mit dem Historiker der österreichischen Zeitgeschichte, mit dem an der University of California in Berkeley lehrenden Charles A. Gulick (1896–1984)², aber auch in weiterem Kontakt zum Theoretiker der Wissenssoziologie, dem nach London emigrierten Karl Mannheim, wurde 1941 Bruno Schönfelds wissenschaftliches Werk so zusammengefasst: „*Comprehensive literary activity in history, sociology, and international law. A Study, The Theory of War translated into English. Opinions by Prof. Karl Mannheim, London, Prof. Clifford Kirkpatrick (Univ. of Minnesota), Prof. Charles A. Gulick (Univ. Berkeley, Calif.) available. About 65 essays and articles in German language on: ‚Neo-Malthusianism‘, ‚The Problem of Defensive War‘, ‚Relations between History and Biology‘, ‚Philosophy of Pacifism‘, ‚The Law of Violence‘.*“

Gulick, der Bruno Schönfeld im Vorwort zu „Österreich von Habsburg zu Hitler“ für alle Unterstützung dankte,

hatte diesem 1944 den Aufsatz „Administrative and Judicial Processes as Instruments of Clerical Fascism in Austria“ (erschienen in *California Law Review* 32 (1944), 161–184) gewidmet: „Dr. Bruno Schönfeld with thanks for his help and warmest personal regards.“



Bruno Schönfeld (1881–1955)

Bruno Schönfeld stand in den USA auch in freundschaftlichem Kontakt zum Arzt, Pädagogen und Schriftsteller Wilhelm Börner (1882–1951), den Schönfeld von der vom Philosophieordinarius Friedrich Jodl gegründeten Wiener *Ethischen Gemeinde* und von der sozialdemokratischen Friedensbewegung her kannte. Nach dem Februar 1934 unterstützte Börner illegale sozialistische Kader. 1938 verhaftet konnte er wie Bruno Schönfeld in die USA emigrieren. In der im *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Nr. 20669) verwahrten „Sammlung Wilhelm Börner“ liegen einige gegenseitige Korrespondenzen.

In Thomas Schönfelds Bibliothek finden sich einige Arbeiten seines Vaters, die diesen als Sympathisanten der sozialistischen Arbeiterbewegung, als Erben des bürgerlich-radikalen Freisinns und Monismus zeigen:

1) Bruno Schönfeld: Der Neumalthusianismus, in: *Soziale Arbeit*. Monatszeitschrift, herausgegeben von dem Verein gegen Verarmung, Wien, Redakteur Dr. Arthur Glaser 18 (1920), 25–28 und 61–64.

2) Bruno Schönfeld: Der Gildensozialismus, in: ebenda 19 (1921), 70–75.

3) Bruno Schönfeld: Der Kulturpolitiker Paul Kammerer, in: *Monistische Monatshefte* 11 (November 1926), 405–407 – gemeinsam mit Professor Hans Przibram, der an selber Stelle einen Artikel „Paul Kammerer als Biologe“ voranstellte. Der am Wiener Vivarium wirkende, später als „der Krötenküser“ bekannt gewordene Paul Kammerer (1880–1926), der wegen seiner neolamarckistisch angeleiteten Züchtungsexperimente Fälschungsvorwürfen ausgesetzt war, wurde von Hans Przibram und Bruno Schönfeld sowohl als Biologe als auch als Freidenker, Monist und Pazifist verteidigt.

4) Bruno Schönfeld: Der Schulkampf in Österreich, in: ebenda, 410–414 an die Schulreformen Otto Glöckels anknüpfend.

5) Bruno Schönfeld: *Die Ethik des Freidenkertums*, hg. vom Freidenkerbund, Wien 1929.

6) Bruno Schönfeld: Zur Psychologie der Reaktion, in: *Die Stimme der Vernunft* 17 (Jänner 1932), 11–13 und ebenda 17 (Juni 1932), 177–180. – gegen die antimaterialistische Mystik des R. Coudenhove-Kalergi in „Los vom Materialismus“ (Wien 1930), ähnlich wie Bruno Schönfeld gleichzeitig Philipp Frank in „Das Kausalgesetz und seine Grenzen (Schriften zur wissenschaftlichen Weltanschauung 6, hg. von Philipp Frank und Moritz Schlick), Wien 1932, Seite 58.

7) Bruno Schönfeld: Der Rückzug der Kirche, in: *Die Stimme der Vernunft* 17 (April 1932), 116–122.

8) Bruno Schönfeld: Die katholische Weltanschauung, in: *Die Stimme der Vernunft* 18 (Jänner 1933), 12–16.

Bruno Schönfeld war 1934 auch letzter Präsident der österreichischen *Friedengesellschaft*, in der bürgerlicher und sozialdemokratischer Pazifismus gebündelt waren.³

Bruno Schönfeld verteidigte zwischen 1934 und 1938 zahlreiche revolutionäre Sozialisten und Kommunisten gegen die katholisch austrofaschistische Klassenjustiz. Bruno Schönfeld nahm 1947 nach der Rückkehr nach Wien die Rechtsanwaltspraxis wieder auf. Er ist am 3. Juni 1955 in Wien verstorben.⁴

Politisch unterstützt wurde Bruno Schönfeld von seiner Frau Edith Schön-

feld (geboren am 15. Mai 1890 als Tochter des Eisenhändlers Mathias Moriz Bauer und der Berta Haczek in Wien, Laxenburger Straße). Sie trat 1948 der KPÖ Bezirksorganisation Wieden bei. Sie ist am 23. Dezember 1981 gestorben.

Thomas Schönfelds Schulweg, Vertreibung aus Wien 1938

Aus Anlass der Nostrifikation seiner mittleren Reifeprüfung schrieb Thomas Schönfeld (geboren am 27. Juni 1923 in Wien) am 1. Oktober 1948, auf den Ausschluss der jüdischen Schüler aus dem Bundesrealgymnasium Stubenbastei hinweisend:

„Zwischen 1933 und 1943 habe ich die folgenden Lehranstalten besucht:

1. Bundesrealgymnasium, Wien I., Stubenbastei 6–8 – besucht von September 1933 bis April 1938. Die Überweisung im April 1938 erfolgte zur Zeit des Ausschlusses aller rassistisch verfolgten Schüler.

2. Bundesrealgymnasium, Wien II., Spergasse – besucht vom April 1938 bis Juni 1938. Somit absolvierte ich von 1933 bis 1938 fünf Klassen des Realgymnasiums, beinhaltend vier Jahre Latein und ein Jahr Französisch.

3. Keswick [Grammar] School in Keswick, England, besucht vom September 1938 bis Juli 1939.

4. Haaren High School, New York, USA – besucht vom Jänner 1940 bis Juni 1940. Nach Abschluss des Studiums erhielt ich das ‚High-School Diploma‘.

5. Ursinus College, Collegeville, Pennsylvania, USA – besucht von September 1940 bis September 1943. Studium mit Hauptfach Chemie und erstes Nebenfach Mathematik. Erlangung des ‚Bachelor of Science‘-Grades am Ende des Studiums.

Ich stelle daher das Ansuchen, mein Zeugnis vom Ursinus College als einem Reifezeugnis entsprechend anerkennen zu wollen.“

Vom September 1943 bis Juni 1944 studierte Thomas Schönfeld an der Columbia University New York. Er absolvierte folgende Lehrveranstaltungen:

– „Thermodynamik – Prof. V.K. LaMer (Vorlesungen durch ein Semester)

– Qualitative Organische Analyse – Dr. Lineville (Vorlesungen und praktische Übungen durch ein Semester. Analyse verschiedener Proben, darunter einige Mischungen enthaltend bis zu vier Substanzen)

– Chemie heterocyclischer Verbindungen – Prof. R.C. Elderfield (Vorlesungen durch ein Semester)

– Chemie der Sterole, Hormone, Herzgifte usw. – Prof. Dr. R.C. Elderfield

(Vorlesungen durch ein Semester)

– Physikalische Chemie hochpolymerer Verbindungen – Prof. Beckman (Vorlesungen durch ein Semester)

– Kolloid-Chemie – Prof. Thomas

– Chemie der Enzyme, Eiweißstoffe, Kohlehydrate – Prof. Nelson (Vorlesungen durch ein Semester)

Während der Dienstzeit bei der USA-Armee Besuch eines elektrotechnischen Schulungskurses an der Universität von West Virginia (Dezember 1944 bis Dezember 1945): Vorlesungen und Übungen in Verstärkertechnik, Oszillatoren, Eigenschaften und Anwendungen der verschiedenen Röhren, Gleich- und Wechselstromgeneratoren und -motoren.

Während des Studiums am Ursinus College eine selbständige Arbeit: Bestimmung des Chroms in gefärbter Wolle, zu deren Färbung Chromate eingesetzt werden.“

Mit einem „Affidavit of Support“, das der 34 Jahre alte, in Boston wirkende Psychiater und Neurologe Merrill Moore zeichnete, und einer weiteren Unterstützungserklärung von Frances und Max Deri (beide mit den Schönfelds aus Wiener Tagen bekannt, beide bereits 1933 nach Los Angeles emigriert, sie Psychoanalytikerin, er alsbald verstorbener, vor allem in Berlin aktiv gewesener Kunsthistoriker) konnten Bruno Schönfeld und Edith Schönfeld mit Thomas in die USA einreisen. Laut einer Aufstellung der US-Armee kamen sie am 3. Jänner 1940 in den USA an. Schönfeld schrieb in einem Lebenslauf aus den 1950er Jahren:

„1939 übersiedelte ich nach Amerika. Hier war ich in der in New York bestehenden Gruppe des KJV tätig. In den legalen Organisationen hatte ich verschiedene Funktionen inne. Ich nahm als einer der österreichischen Vertreter an einer internationalen Studententagung in Washington im September 1942 teil und leitete für einige Zeit ein Komitee österreichischer Studenten. Ich war zuerst Mitarbeiter und dann für ein Jahr leiter der Redakteur der in New York von unserer legalen Organisation herausgegebenen Jugendzeitung. Durch einige Jahre war ich Leiter einer Zelle und Mitglied der in Amerika bestehenden Leitung unseres Jugendverbandes.

In Amerika begann ich auch mit dem Studium der Chemie, das ich aber wegen meiner 1944 erfolgten Einberufung in die amerikanische Armee nicht vollenden konnte. Einen Teil meiner Dienstzeit verbrachte ich in Lagern für deutsche und österreichische Kriegsgefangene, wo ich

Vorträge über politische Fragen hielt. Ich half besonders Vortragsgruppen für Österreicher durchzusetzen und war an der Herausgabe eines täglich erscheinenden Nachrichtenblattes beteiligt.

Nach meiner Entlassung im Jahre 1946 war ich Mitarbeiter der von der Partei in Amerika herausgegebenen Zeitung, und auch wiederum Zellenleiter und Mitglied der Leitung unseres Jugendverbandes. Im Herbst 1946 nahm ich eine Stellung bei der amerikanischen Militärregierung in Deutschland an. Auf diesem Posten verblieb ich bis Juni 1947. Im Laufe dieses Dienstes hatte ich Einblick in die technischen Methoden und die wirtschaftliche Organisation der deutschen chemischen Industrie.“⁵

US-Armee 1944–1947. „Document-Analyst“ für deutsche Chemieindustrie – Protest gegen die westalliierte IG Farben-Politik

Am 19. Juli 1944 wurde Thomas Schönfeld zur US-Armee eingezogen. In den Entlassungspapieren heißt es:

„Military Service: / 1. Inducted 19 July 1944 at New York, N.Y.

2. Infantry Basic Training (anti-tank, Co E, 221 ITB, Camp Blanding, Florida July – December 1944)

3. Army Specialized Training Advanced Program Electrical Engineering, West Virginia University December 1944 – November 1945.“

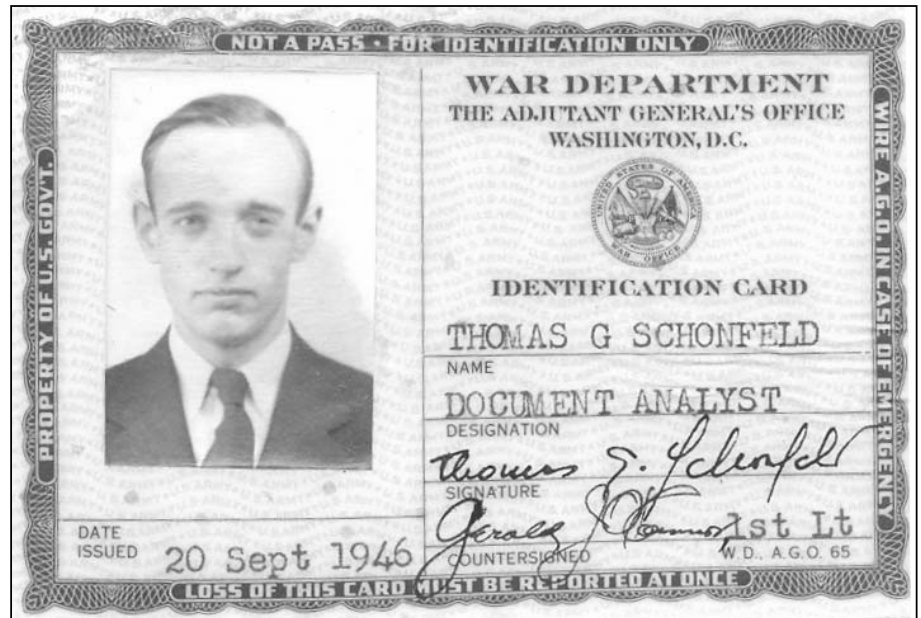
In einem amerikanischen Gefangenenlager begegnete Thomas Schönfeld als US-Soldat gemeinsam mit dem Sohn von Bruno Frei erstmals dem oberösterreichischen Kommunisten Franz Kain (geb. 1922 in Bad Goisern), der 1940 als damaliger Forstarbeiter im Salzkammergut unter dem Vorwurf des versuchten Wiederaufbaus des KJV verhaftet und zu einem berüchtigten Strafbataillon eingezogen worden war. Mit Schönfeld und Frei diskutierte Kain über die antifaschistische Perspektive Österreichs, über die nationale Unabhängigkeit:

„Er selbst sei Thomas Schönfeld, der Sohn des Rechtsanwaltes, der viele Schutzbündler und andere Linke in Wien verteidigt habe. Und der andere, er werde es nicht glauben, der sei der Sohn von Bruno Frei, mit dem er über die nationale Frage in Briefverkehr getreten sei. (Thomas Schönfeld ist in Wien Universitätsprofessor geworden. Damasus [das ist Franz Kain – Anm.] hat ihn kürzlich [um 1990 – Anm.] informiert, dass er gerade dabei sei, über die Zeiten von damals zu schreiben, einigermaßen distanziert und polemisch. Schönfeld lächelte

dazu und meinte, es sei ja heute Mode, polemisch gegenüber der Vergangenheit zu sein. Er bitte nur zu bedenken, dass die Polemik auch dafür stehen müsse.“⁶

1947 dokumentierte Schönfeld für die US-Militärverwaltung in Deutschland u. a. das Kaiser-Wilhelm Institut für Kohleforschung in Mülheim/Ruhr. Nach dem Ausscheiden aus dem US-Dienst merkte Thomas Schönfeld am 10. September 1947 mit Blick auf die wieder zentrale Rolle der IG Farbenindustrie im „Kalten Krieg“ und auf die Restauration eines „westintegrierten“ deutschen Kapitalismus an: „Die IG Farben machte die deutsche chemische Industrie und in erster Linie sich selbst zur beinahe unumschränkten Herrscherin des europäischen Marktes. Der deutsche Bergbau und die Stahlindustrie konnten ihre Stellungen nicht zu diesem Ausmaß entwickeln. Die Fäden der IG Kontrolle erstrecken sich auch heute noch in die verschiedensten Länder wie nach England, Frankreich, Schweiz usw. Zwar hat die IG in den Jahren seit Kriegsende in diesen Verhältnissen zu ausländischen Gesellschaften eine recht passive Rolle gespielt, aber das wird sich unter dem Marshall Plan für die westdeutsche Industrie ändern. (...) Die Vereinigten Staaten werden versuchen, die Machtposition der IG auszunützen, um die planmäßige Industrialisierung der fortschrittlichen Länder Europas zu verhindern.“

Die vom Alliierten Kontrollrat beschlossene Auflösung der IG Farbenindustrie schätzte Schönfeld als bloß formal ein. Der einflussreiche Leverkusener Werksführer Dr. Ulrich Haberland blieb auch unter dem Schutz der britischen Militärregierung in seiner Position: „Er hat diesen Posten nicht etwa seit 1945, sondern bereits seit 1943 inne, leitete also einen ganz entscheidenden Sektor der IG in den wichtigsten Kriegsjahren. Dr. Haberland war selbstverständlich Mitglied der NSDAP. Er war Leiter von Leverkusen, als dort tausende und abertausende Fremdarbeiter zu den ungesündesten Arbeiten herangezogen wurden und dabei in schäbigen Holzbaracken nahe des Werkes hausen mussten, die auch heute noch zu sehen sind.“ Die Überwachung der IG Farben sah Schönfeld faktisch in den Händen des englischen Chemietrusts *Imperial Chemical Industries*“, weshalb auch alle Sozialisierungsforderungen scheiterten: „Vorschläge von Gewerkschaften und Parteien auf Nationalisierung der chemischen Industrie, insbesondere der IG, wurden von den Engländern abgelehnt.“ Selbes gilt für das zen-



trale IG Werk Höchst in der amerikanischen Zone: „Bereits im Sommer 1945, als die endgültigen Demarkationslinien gerade beschlossen waren, ‚evakuierten‘ sie (die Amerikaner – Anm.) eine Gruppe Techniker und Wissenschaftler aus dem IG Werk Wolfen nach Westdeutschland. Darunter befanden sich z.B. Fachleute auf dem Gebiet der Herstellung des photographischen Materials, also durchaus nicht mit Kriegszwecken zusammenhängende Spezialitäten. Diese Wissenschaftler sind heute im Westen Deutschlands zum Großteil noch ohne eine ihren Fähigkeiten angepasste Beschäftigung. Die amerikanische Politik war also nur darauf aus, der friedlichen Industrie Ostdeutschlands einen Strich durch die Rechnung zu ziehen.“⁷

Chemiestudium an der Universität Wien 1947–1950: Wissenschaftliche und politische Begegnung mit Engelbert Broda

Thomas Schönfelds Lehrer an der Universität Wien war der physikalische Chemiker Ludwig Ebert (1894–1957), Erstgutachter seiner Dissertation. Beim medizinisch-organischen Chemiker Friedrich Wessely (1897–1967), dem Zweitgutachter, hat Schönfeld laut Meldungsbuch nicht gehört. Neben Ebert und Wessely fungierte Karl Przibram (1878–1973), langjähriger Mitarbeiter am Institut für Radiumforschung, 1938 von seiner Wiener Professur vertrieben, ehe er 1946 als Vorstand des II. Physikalischen Instituts nach Wien zurückkehren konnte, als Prüfer bei Schönfelds chemisch-physikalischem Hauptkolloquium.

Wiederholt besuchte Schönfeld die Vorlesungen und Übungen des Privatdozenten für organische Chemie Frie-

drich Galinovsky (Jg. 1908), jene aus chemischer Technologie bei dem 1948 an die Technische Hochschule Graz berufenen Anton von Wacek, sowie ein Kolleg aus Strukturchemie bei Hans Nowotny (1911–1996). Wichtig für seine spätere Arbeit war die dreistündige Vorlesung „Radioaktivität“ der soeben in der Nachfolge von Stefan Meyer zur Direktorin des Instituts für Radiumforschung ernannten Kernphysikerin Berta Karlik (1904–1990).⁸

Entscheidend aber war die Begegnung mit Engelbert Broda, wie Ludwig Ebert 1950 im Dissertationsgutachten anmerkt: Engelbert Broda (1910–1983), der sich nach der Rückkehr aus der englischen Emigration Ende 1947 für physikalische Chemie habilitiert hatte, betreute Schönfelds Dissertation. Dies war der Beginn einer wissenschaftlichen und politischen Freundschaft. Im Studienjahr 1948/49 hörte Schönfeld bei Broda über „Erzeugung und Verwertung radioaktiver Stoffe I und II.“⁹

Zur Vorbereitung auf das einstündige Rigorosum aus Philosophie („Philosophicum“) hat Thomas Schönfeld Vorlesungen bei Hubert Rohrer, einem naturwissenschaftlich-medizinisch orientierten Psychologen und Philosophen (Wintersemester 1947/48 und Sommersemester 1948: „Allgemeine Psychologie I und II“) und wohl nicht unwichtig beim nach der Vertreibung durch den katholischen und nazistischen Faschismus einzig an der Universität Wien verbliebenen Exponenten des logischen Empirismus des Wiener Kreises, bei Viktor Kraft, besucht: „Wissenschaftslehre der Naturwissenschaften“ (im Wintersemester 1948/49) und „Einführung in die Philosophie“ (im Winter-

semester 1949/50). Beim katholisch-idealistischen, 1937 vom Austrofaschismus nach Wien berufenen, 1938 von den NS-Faschisten entlassenen und 1945 zurückgekehrten Philosophen Alois Dempf hörte Schönfeld übrigens im Sommersemester 1948 „Einführung in die Philosophie“.¹⁰

Am 24. Oktober 1950 wurde Thomas Schönfeld an der Universität Wien zum Doktor der Philosophie promoviert. Über seine Dissertation „Adsorptionsercheinungen in hochverdünnten Lösungen (Untersuchungen mit Hilfe radioaktiver Stoffe)“ hat Ludwig Ebert unter Beistimmung von Friedrich Wessely am 5. Juni 1950 geurteilt:

„Auf Anregung von E. Broda hat der Kandidat zunächst die Methode der radioaktiven Indikatoren auf die Aufnahme von Ionen an Cellulose (Filterpapier) und Glas angewandt. Es kamen die Atomarten Th B(212Pb), 86Rb und 32P zur Verwendung.

Papier zeigt einen Kationenaustausch; Anionen sind nur in dem der aufgesaugten Flüssigkeitsmenge entsprechenden Ausmaße zu finden. Verdrängungsversuche beweisen, dass sich mit Kationen die Austauschgleichgewichte rasch und streng umkehrbar einstellen. Das Verhalten einerseits des (ziemlich stark aufgenommenen) H⁺, andererseits der Metallkationen deutet schon stark daraufhin, dass die in der Cellulose vorhandenen Carboxylgruppen für die Kationenaufnahme verantwortlich sind. Fast zur Gewissheit wird diese Annahme durch den Vergleich der Verdrängungsgleichgewichte an Cellulose mit der an Amberlite IRC 50, [die] Carboxylgruppen als kationbindende Gruppen enthält, und durch die quantitative Übereinstimmung der Sättigungswerte der H⁺-Aufnahme mit der chemisch in Cellulose ermittelten Zahl von COOH-Gruppen. Die Austauscherfunktion des Papiers hat für eine Reihe von Anwendungen offensichtlich Bedeutung.

Ionenvorgänge an der Glasoberfläche sind bereits aus anderen Studien bekannt. Der Kandidat konnte erkennen, dass Blei nur sehr langsam ausgetauscht wird. Als Gegenstück zum reinen Ionenaustausch wurde das Verhalten eines typischen Radiokolloides am Beispiel des Th B- (d.h. Blei-)Sulfides untersucht.

Die Arbeit hat ein interessantes Gebiet durch sorgfältige und gut reproduzierbare Versuche geklärt. Sie ist sehr selbständig ausgeführt und erfüllt in sehr guter Weise die Anforderungen der Zulassung zu den Rigorosen.“¹¹

Mia Schönfeld und Thomas Schönfeld. Beitritt zur Kommunistischen Partei Österreichs 1947

In den Jahren des US-Exils war Thomas Schönfeld schon Mitglied einer KJV-Exilgruppe. Der angehende, neunzehnjährige Chemiestudent Thomas Schönfeld nahm im Februar 1943 in der in London und New York erscheinenden Nummer von *Jugend voran*, der „Zeitschrift der österreichischen Weltjugendbewegung – Anti-Nazi Periodical of the Austrian world youth-movement“, gegen Bestrebungen habsburgischer Restauration und die damit verbundene Verniedlichung des Habsburgerimperialismus Stellung. In *Jugend voran* erinnerte Thomas Schönfeld 1943 angesichts der aggressiven Emigrantenpolitik einer Habsburger-Gruppe an deren barbarische Vergangenheit, an deren Verantwortung für das imperialistische Völkermorden 1914 bis 1918. Angesichts gegenwärtiger Verklärung habsburgischer „Europaideologien“ ist Thomas Schönfelds Text ein aktueller!¹²

Gemeinsam mit Mia Schönfeld, die 1938 mit ihren Eltern aus Wien nach Jugoslawien vertrieben wurde, und die 1940 noch rechtzeitig von ihren Eltern als junges Mädchen in die USA geschickt werden konnte, war Thomas Schönfeld in der antifaschistischen Exil-Jugendbewegung aktiv. Mia Schönfeld berichtet:

„Ich suchte den Kontakt mit jungen Österreichern und kam so in die ‚Freie Österreichische Jugend‘ in Amerika, eine von der österreichischen Parteigruppe geleitete Organisation. Da ich in einem amerikanischen bürgerlichen Haus wohnte, wurde es mir anfangs von Seiten meiner amerikanischen Gastgeber schwer gemacht in der Gruppe mitzuarbeiten und mich politisch zu bilden. Nach zwei Jahren zog ich dort aus, um aktiv in der FÖJ mitarbeiten zu können. Im April 1943 wurde ich in den Jugendverband aufgenommen. Kurz darauf wurde ich Gruppenleiterin in einer der drei österreichischen Jugendgruppen.“

1944 wurden Mia Schönfelds Eltern auf die von den deutschen, italienischen und kroatischen Faschisten errichtete KZ-Insel Rab vor Istrien deportiert und an einem nicht genau festzustellenden Tag und Ort ermordet. Über ihren Vater, den Kaufmann Karl Förster (geb. 28. Mai 1887 in Kalusz, Polen als Szyje Chaim Feintuch) und ihre Mutter Erna (geborene Löwy am 2. Mai 1891 in Pilsen) erklärte Mia Schönfeld im September 1947 gegenüber dem Bezirksgericht Wien I:

Die Eltern „flüchteten 1938 wegen ihres jüdischen Glaubens aus Österreich nach Jugoslawien. Die Antragstellerin erhielt eine letzte Nachricht von ihren Eltern aus einem Gestapo-Internierungslager in Jugoslawien. Diese Nachricht datiert vom 2. März 1944. Seit damals hat die Antragstellerin kein Lebenszeichen von ihren Eltern erhalten.“ Von 1938 bis 1943 hatten die Eltern nach ihrer Flucht 1938 aus Wien ihren Wohnsitz in Jugoslawien, zuletzt in Dubrovnik: „Von dort wurden sie auf Grund allgemeiner Weisungen der deutsch-italienischen Besatzungsbehörden in ein Internierungslager auf der Insel Rab [Raab] gebracht. (...) Laut Feststellung der jüdischen Kultusgemeinde in Zagreb wurden die Insassen des Lagers Rab von den Deutschen verschleppt und sind umgekommen.“

Im Sommer 1947 traten Mia und Thomas Schönfeld der Kommunistischen Partei Österreichs, Sektion Dipelka, Bezirk Wien-Wieden, bei.

Antifaschistische Studentpolitik an der Universität Wien 1947–1950 (Vereinigung demokratischer Studenten – VDS)

1947 zurück in Wien war Schönfeld maßgeblich Mitorganisator bei der Weiterentwicklung der kommunistischen Studentpolitik im Rahmen der *Vereinigung demokratischer Studenten* (VDS). Ein erster VDS-Vorsitzender, der Physikstudent Hans Grumm (Jg. 1919) sollte 1956 dem Druck der reaktionär antikomunistischen Propaganda und den bürgerlichen Wissenschaftsangeboten nicht widerstehen und die KPÖ wie so viele schwankende, vorübergehend antifaschistische Intellektuelle verlassen.

Die VDS knüpfte an die Tradition der „Roten Studenten“ der Ersten Republik, an den aktiven Widerstandskampf gegen den Dollfuß-Schuschnigg-Faschismus nach 1934 und gegen den Hitler-Faschismus seit 1938 an. In einem handschriftlich, von einem nicht bekannten Autor verfassten, von Thomas Schönfeld verwahrten Positionspapier heißt es unmittelbar nach 1945: Die kommunistischen und sozialistischen Studierenden „waren bis 1936 im ‚Geeinten Roten Studentenverband‘ mit ungefähr 200 Mitgliedern zusammengeschlossen. (...) 1936 separierten sich die sozialistischen Hochschüler in einer eigenen Gruppe ‚Revolutionärer Sozialistischer Studenten‘. Die ‚Roten Studenten‘ arbeiteten auf der Linie eines überparteilichen österreichischen Antifaschismus und trachteten ihre

*Aufgaben trotz der Verfolgungen, Verhaftungen u. Relegierungen, denen sie ausgesetzt waren, zu bewältigen (...).*¹³

Vor dem Hintergrund der sich nach 1945 opportunistisch entwickelnden sozialdemokratischen Studentenbewegung, vor allem aber angesichts des sich wieder restaurierenden, nach 1934 offen austrofaschistisch agierenden katholischen Cartellverbandes (CV) wurde die Vorgeschichte der österreichischen Universitätslandschaft für eine Schulung im VDS zusammengefasst: Die österreichischen Hochschulen waren bereits in der Ersten Republik Zentren „der Reaktion, sowohl der Zusammensetzung der Lehrerschaft als auch von dem sozialen und geistigen Charakter der Hörschaft [her]. Freiheitlich, fortschrittlich oder gar sozialistisch gesinnte Professoren waren die Ausnahmen (Tandler, Thirring, Emil Reich, Max Adler usw.). Die überwältigende Mehrzahl der Lehrenden bestand aus Trägern konservativster Ideologie oder gar aus offenen Verfechtern extrem rechter u. profaschistischer Bestrebungen (wie Spann). Die Studentenschaft rekrutierte sich fast ausschließlich aus den bürgerlichen Schichten, nur 3% aus der Arbeiterschaft. (...) Der Dollfuß-Fey-Staatsstreich vom Feber 1934, die Errichtung eines autoritären Regimes, bedeutete daher für die Hochschulen keine grundlegende Zäsur: Die Hochschulen, ihre Verfassung, ihr Leben u. ihr Geist, waren für das Diktatorssystem vorbereitet.“

Thomas Schönfeld, der 1947/48 Mitglied des VDS-Vorstands und dann ab Anfang 1949 VDS-Obmann war, hielt Anfang 1949 folgende Punkte zur Lage der VDS fest: „Hochschulwahlen – Jänner 1948 VDS organisatorisch nicht fähig Kampagne zu führen KSt.Gr. führt Kampf (...) Linie der VDS nur in Wien durchgeführt – Provinz ganz andere Entwicklung. 1946 keine VDS-Gruppen in Provinz geschaffen. Kontakt immer schlecht. Für Listenkoppelung VDS-KSt Voraussetzungen nicht gegeben. Wahl-tätigkeit für Liste dadurch geschwächt. Provinz lehnt scheinbar Leitung durch Wien ab. Im vergangenen Jahr (bis Dez. 1948) verantwortlich [Hans] Grümm (Pol. Leiter), [Wolfgang] Brassloff (VDS-Vorsitzender), weiters Heiserer, Hofbauer, Schönfeld als Mitglieder des VDS-Präsidiums. Grümm für andere Parteiarbeit angefordert, Brassloff zu Beendigung des Studiums beurlaubt – neue Fraktionsleitung: Schönfeld (VDS-Obmann), Heiserer, Hofbauer bereits Arbeit aufgenommen.“

Im Sommer 1949 schätzte Thomas Schönfeld die Lage der fortschrittlich linken Studentenschaft in einem von ihm redigierten VDS-Papier realistisch ein: „Nach der Befreiung viele Studenten, fortschrittliche Menschen überhaupt hofft, dass Universitäten sich ändern werden. Stätten, an denen die führenden Köpfe eines fortschrittlichen Österreich ausgebildet werden können. Es hat sich herzlich wenig geändert. Kontrolle des CV. Keine fortschrittlichen Professoren auf die Lehrkanzeln berufen. Die wenigen haben große Schwierigkeiten. Den Überdauerern aus der grünen und braunen Periode wird der Weg geebnet. Fall [des Wiener nazistischen Germanisten Josef – Anm.] ‚Nadler‘ – Großdeutsches Gedankengut an unseren Hochschulen (Geschichte usw.) (...) Spricht man von Studienreform, so meint man Erschwerung, die Minderbemittelte vom Studium ausschalten würde.“ Zu gleicher Zeit notierte er Mitte 1949: „Tatsächlicher Einfluss der VDS ist noch ein geringer.“

Völlig desillusioniert war Schönfeld mit Blick auf die alle sozialistische Tradition preisgebende sozialdemokratische Hochschulpolitik, so skizzierte er 1948/49: „SP an den Hochschulen: Keine Ideologie, besten Falls Kampf um Professorenstühle – Sozialistische Studenten: Führungswechsel, Redaktionswechsel – im wesentlichen dem Parteivorstand gefügte Elemente. Müssen aber den Linken Rechnung tragen – vor NR-Wahlen notwendig. Viele sozialistisch oder fortschrittlich gesinnte Menschen im VSS, wenig zu reden. Wenig richtige Arbeiterelemente, Kleinbürger – kein Klassenbewusstsein. Nicht ‚Arbeiterstudenten‘-Losungen.“

Gewisse Hoffnungen setzte Schönfeld wohl vorübergehend auf die das austromarxistische Erbe weiterführende, linkssozialistische Scharf-Krones-Gruppe, die aber in der rechten, militant antikomunistischen Schärf-Renner-SPÖ keine Chance hatte und rasch ausgeschlossen wurde. Wohl auch deshalb verlangte Schönfeld, dass sich die VDS und die kommunistische Studentengruppe im eigentlichen Sinn nicht isolieren dürfen: „Diskutieren mit allen, Versuch gemeinsame Aktionen herbeizuführen – für soziale Rechte der Studenten, gegen reaktionäre Übergriffe. Orientierung immer auf fortschrittlichste, sozial denkende, politisch bewusste Elemente – sowohl Katholiken wie Sozialisten. VDS darf sich nicht isolieren.“ Später sah er in den „linken SP-Kreisen“ nur mehr Instrumente zum Auffangen und Neutralisieren von „linken Stimmungen“.

Bei allen Schwierigkeiten zeigt sich das hoch qualifizierte Debattenniveau einer noch theoretisch marxistisch und leninistisch geschulten, im praktischen Widerstandskampf erprobten Studentengruppe: Wie kann man Kontakt zu den von der katholischen Ideologie geprägten Studierenden aufnehmen? Wie kann die VDS verhindern, dass die Studentenschaft wieder in den Sog der zunehmenden deutschnationalen, wieder auf das „Erlebnis der Kriegskameradschaft“ setzenden Provokationen („Ansteigen der Naziaktivität – VdU-Rolle“) gerät? Wie kann man die Studenten aus der gerade im „Kalten Krieg“ nachwirkenden, jahrelangen faschistischen Propaganda lösen? „Neofaschismus: Studenten dünken sich als etwas besseres, isoliert von Arbeiterklasse, leicht für faschistische Propaganda zugänglich“ – hielt Thomas Schönfeld, der in den „ehemaligen Faschisten“ nun das Reservepotenzial für das „Lager des Imperialismus“ erkannte, fest und fuhr fort: „Im gegenwärtigen Österreich, an Hochschulen keine Demokratie, daher gehen viele durchaus demokratisch eingestellte Menschen den Neofaschisten auf den Leim.“

Neben Schönfeld debattierten u.a. heute noch bekanntere GenossInnen wie Leopold Spira (1913–1997) oder Edith Rosenstrauch (Jg. 1921)¹⁴ über Fragen der Solidarität mit den sozialistischen Ländern (im Rahmen der FÖJ, der Weltfriedensbewegung, der Weltjugendspiele, der Internationalen Studentunion IUS, etc.), über die Verbesserung der Zusammenarbeit mit der KPÖ, über die Verbesserung der Schulungen: Weg und Ziel und Parteibroschüren sollen vermehrt für die marxistische Studenteneildung verwendet werden.

Unklarheit bestand darüber, ob die VDS – auch in der Linie des Volksfronterbes – weiter doppelgleisig mit einer Kommunistischen Studentengruppe auftreten soll, oder ob dies mit Blick darauf, dass viele VDS-Mitglieder nicht der KPÖ angehören, untunlich ist. Für die Hochschulerschaftswahlen 1949 wurde in Aussicht genommen: „KSt muss Liste aufstellen – Wiederbelebung der Zweigleisigkeit – Vorschlag: Endgültige Liquidierung der KSt.Gr. KP. überträgt ihre Hochschulvertretung einer zu schaffenden ‚A[rbeits]Gem[einschaft] für fortschrittliche Hochschulpolitik‘.“

Eine VDS-Schulung, die offenbar der Auseinandersetzung mit zunehmenden neofaschistischen Tendenzen an den Hochschulen – die alten nazistischen Studentenkader machten sich breit, viele

nazistische Professoren kehrten auf ihre Lehrstühle an den nie „entnazifizierten“ österreichischen Universitäten zurück – gewidmet war, bereitete Thomas Schönfeld Ende der 1940er Jahre in der für ihn seit Studententagen politisch und wissenschaftlich charakteristischen, genau präzisen Arbeitsweise an Hand von Reden und Artikeln Georgi Dimitroffs vor.

Anmerkungen:

1/ Vgl. Robert Rosner: Thomas Schönfeld (1923–2008), in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, Nr. 3/2008.

2/ Vgl. Charles A. Gulick: Österreich von Habsburg zu Hitler, 5 Bände, Wien 1950. Vgl. dazu auch Gerhard Oberkofler: Über sozialistische Privatbibliotheken in Wien und ihr Schicksal. Notizen insbesondere zu den Bibliotheken von Anton Menger, Theodor Mauthner, Wilhelm Pappenheim und Bruno Schönfeld, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, Nr. 2/2004.

3/ Vgl. Ernst Glaser: Im Umfeld des Austromarxismus. Ein Beitrag zur Geistesgeschichte des österreichischen Sozialismus, Wien–München–Zürich 1981, 179. – Zu Bruno Schönfelds und Hans Prizbrams Gedenken an Paul Kammerer vgl. ebenda, 50f.

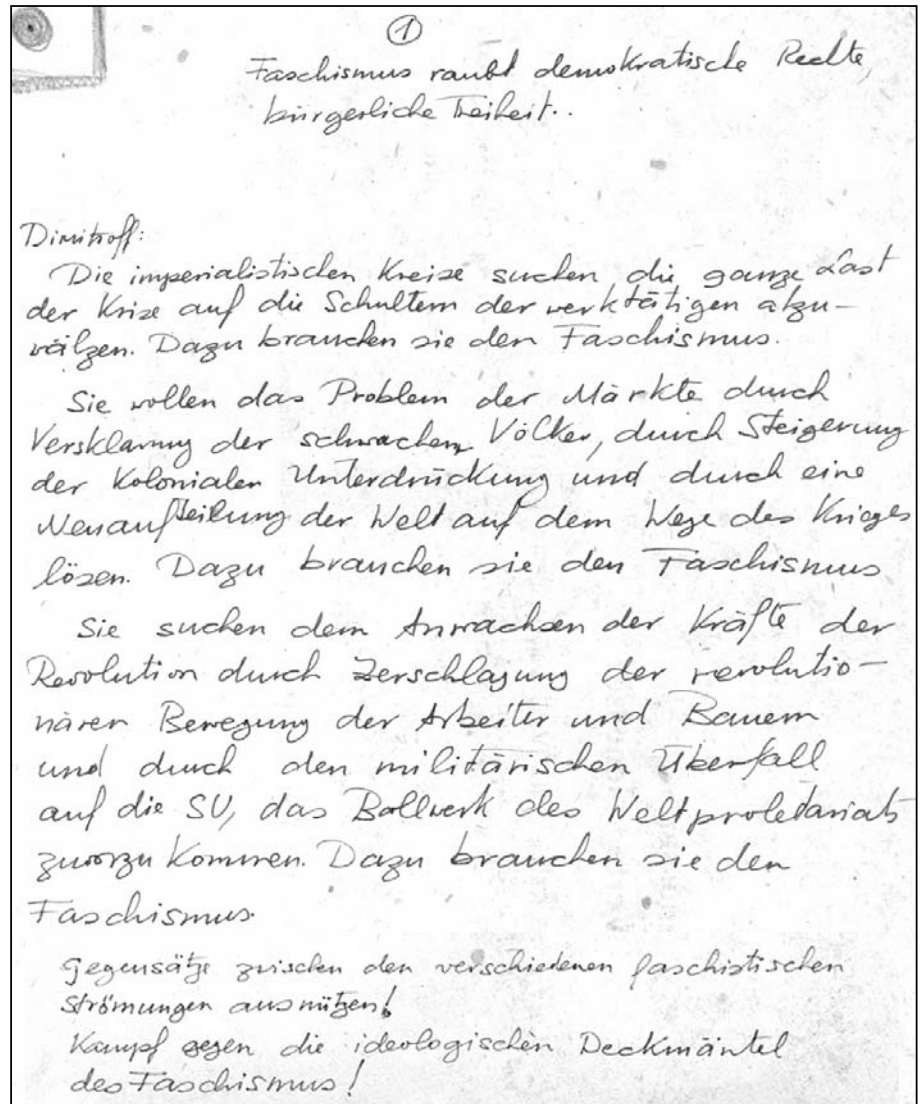
4/ Vgl. Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945. Eine Dokumentation. Band 1: 1934–1938, hrg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1975, 110. – Über Bruno Schönfeld Personaldokumente im Besitz von Thomas Schönfeld.

5/ Dargestellt nach Emigrationsdokumenten, nach Schulzeugnissen und Universitätsdokumenten im Besitz von Thomas Schönfeld. – Vgl. zu einer 1938 in der Vertreibung endenden „Kindheit in Wien“ auch die Erinnerungen von Eric Kandel: Auf der Suche nach dem Gedächtnis. Die Entstehung einer neuen Wissenschaft des Geistes, München 2006.

6/ Franz Kain: Am Taubenmarkt. Vier Bücher. (=Bibliothek der Provinz 1), Weitra 1991, 241.

7/ Dazu jüngst Dietrich Eichholtz und Janis Schmelzer: Im langen Schatten des Kalten Krieges. Heuchelei und Begünstigung 1947/48: Der Nürnberger Nachfolgeprozess gegen IG Farben, in: *Junge Welt* 26. und 28. Juli 2008. – Vgl. ferner Otto Köhler: ... und heute die ganze Welt. Die Geschichte der IG Farben. Bayer, BASF und Höchst, Köln 1990 oder Valentina Maria Stefanski: Zwangsarbeit in Leverkusen. Polnische Jugendliche im I.G. Farbenwerk, Osnabrück 2000.

8/ Vgl. über Schönfelds Lehrer an der Universität Wien 1947 bis 1950 Nachruf auf Ludwig Ebert in: Almanach der österreichischen Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1957 (Jg. 107, Wien 1958), 368–390. – Nachruf auf Friedrich Wessely in: Almanach der österreichischen Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1977 (Jg. 127, Wien 1978), 449–463. – Nachruf auf Karl Prizbram in: Almanach der



österreichischen Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1974 (Jg. 124, Wien 1975), 379–387. – Nachruf auf Berta Karlik in: Almanach der österreichischen Akademie der Wissenschaften für die Jahre 1989/90 (Jg. 140, Wien 1990), 305–313 – sowie Nachruf auf Hans Nowotny in: Almanach der österreichischen Akademie der Wissenschaften für die Jahre 1996/97 (Jg. 147, Wien 1998), 445–451.

9/ Vgl. Engelbert Broda (1910–1983). Wissenschaft und Gesellschaft, hg. von der Zentralbibliothek für Physik in Wien, Wien 1993.

10/ Vgl. Friedrich Stadler: Studien zum Wiener Kreis. Ursprung, Entwicklung und Wirkung des Logischen Empirismus im Kontext, Frankfurt 1997.

11/ Universitätsarchiv Wien, Akten der Philosophischen Fakultät, Reihe „Dissertationsgutachten“.

12/ Dieser erste politische Aufsatz Thomas Schönfeld ist nun wieder abgedruckt in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, Nr. 3/2008. – Vgl. dazu Otto Kreillisheim: Ich erinnere mich ..., hg. vom Bund demokratischer Lehrerinnen und Lehrer, Privatdruck [1989]. Otto Kreillisheim (1909–1999), in den 1920er Jahren Student der Germanistik und englischen Philologie an der Universität Wien, dann Mitglied bei den sozialistischen Studenten, Mitglied der *Akademischen Legion* des Republikanischen

Schutzbundes, 1934 zur verbotenen KPÖ übergetreten, aktiv in der Kolportage der „Roten Fahne“, der Verteilung von Flugblättern und anderer Parteiliteratur in der Illegalität, 1938 nach Paris emigriert, berichtet in diesem Privatdruck auch über die Exiljahre in den USA, auch er aktiv gegen die habsburgisch-legitimistische Emigrantenclique und ihren Einfluss auf die US-Diplomatie. – Vgl. dazu auch Helene Maimann: Politik im Wartesaal: Österreichische Exilpolitik in Großbritannien 1938–1945, Wien 1975 und Simon Loidl: Österreichische KommunistInnen im Exil in den USA 1938–1945, Diplomarbeit Universität Wien 2004.

13/ Vgl. Marie Tidl: Die Roten Studenten. Dokumente und Erinnerungen 1938–1945. (=Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung 3), Wien 1976.

14/ Beide haben im Gegensatz zu Schönfeld unter dem Druck revisionistischer „eurokommunistischer“ Strömungen die KPÖ 1968 verlassen. Vgl. zu ihren Aktivitäten bei den „Roten Studenten“ vor 1938 Leopold Spira: Kommunismus adieu. Eine ideologische Biographie, Wien 1992, 14–26 und im VDS ab 1947 Edith Rosenstrauch-Königsberg: Von der Metallschleiferin zur Germanistin, hg. von Beatrix Müller-Kampel, Wien–Köln–Weimar 2001, 57f.

Eine internationalistische Solidaritätserklärung von Christian Broda für die Kurden (1984)

Zum 60. Jahrestag der Universellen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen (10. Dezember 1948)

GERHARD OBERKOFER

*Warum haben die Kurden
Keinen Anteil am Reichtum der Welt?
Warum sind sie zum Leiden verurteilt?*

Diese drei Zeilen, in Kurdisch und in arabischer Schrift, sind vom kurdischen Poeten Ehmedê Xanî (1651–1707) überliefert. Nach Überzeugung des kurdischen, von der türkischen Bourgeoisie nach Verhaftung und Verfolgung zur Emigration nach Schweden gezwungenen Schriftstellers Mehmed Uzun (1953–2007) illustrieren sie die Reflexionen von Memduh Selîm, der, 1923 ins Exil gezwungen und 1976 in Damaskus verstorben, ein Wegbereiter der kurdischen Erneuerungsbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war. Sein patriotisches Leben verknüpft Uzun mit einer deswegen scheiternden Liebesbeziehung in sehr berührender Darstellung.¹

Das kurdische Volk zählt geschätzte 20 Millionen Menschen. Seine staatliche Zugehörigkeit ist auf mehrere Staaten verteilt, auf die Türkei, Irak, Syrien und, versprengt, auf die transkaukasischen Staaten. Das völkerrechtliche Grundprinzip, dass alle Völker das Recht der Selbstbestimmung und auf selbständige staatliche Existenz haben, ist dem kurdischen Volk, dessen Existenz weit vor unsere Zeitrechnung reicht, verwehrt. Die Vereinten Nationen haben sich, obschon die Mongolische Volksrepublik 1963 einen Tagesordnungspunkt für die Generalversammlung mit dem Titel „The policy of genocide carried out by the Government of the Republic of Iraq against the Kurdish people“ verlangt hat, mit der kurdischen Selbstbestimmungsfrage bis 1984 nie ernsthaft auseinandergesetzt.² Eben in diesem Jahr 1984 (28. und 29. April) wurde im *Internationalen Kulturzentrum* in Wien ein Symposium über „Die geopolitische Situation Kurdistans“ organisiert.³ Als Veranstalter traten die *Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland* (AKSA), das Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, das *Internationale Kulturzentrum* in Wien und die Österreichische Hochschülerschaft auf. Es waren vor allem die persönlichen Kontakte von dem in Wien lebenden, angesehenen kurdischen Arzt

Wiriya Rawenduzy, dass den Ehrenschatz über diese Veranstaltung Christian Broda (1916–1987) übernommen hat. Rawenduzy war auf Bitte von Bruno Kreisky (1911–1990) im Dezember 1975 als Arzt in das dem nach Überfall und Geiselnahme auf der Konferenz der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) der Terrorgruppe unter dem Kommando von Ilich Ramirez Sánchez („Carlos“) zu Verfügung gestellten Flugzeug mit dem verletzten Terroristen Hans Joachim Klein als behandelnder Arzt zugestiegen.⁴ Kreisky, der selbst politisch Verfolgter und von 1938 bis 1945 Emigrant in Schweden gewesen war und dessen Friedensbemühungen im Nahen Osten oft diskriminiert wurden, und Rawenduzy kannten sich seit einer Begegnung im Mai 1974 in der Blutspendezentrale des Roten Kreuzes in Wien, bei der es zu einer Diskussion über das Kurdenproblem gekommen war. 1975 (29. April) hat Heinz Fischer im Nationalrat an den Bundesminister für Inneres Otto Rösch (1917–1995) wegen der Aufnahme kurdischer Flüchtlinge eine Anfrage gerichtet. Rösch meinte, dass bei Flüchtlingen, „die aus so weit entfernten Gebieten zu uns kommen“, bisher der Hochkommissar für das Flüchtlingswesen der Vereinten Nationen an Österreich herangetreten sei.⁵ Tatsächlich wurden von Österreich ca. hundert Kurden aus dem Irak, wo der von Mustafa Barzani (1903–1979) geleitete Widerstand zusammengebrochen war, aufgenommen.⁶ Rawenduzy, der förderndes Mitglied von *Amnesty International* ist, hat sich wiederholt für politische Flüchtlinge, insbesondere kurdischer Herkunft eingesetzt. Nach dem Selbstmord (30. August 1983) des jungen Asylwerbers Kemal Altun (1960–1983), der von seiner Auslieferung an die türkischen Militärbehörden durch die Bundesrepublik Deutschland und damit von unmenschlichen Haftbedingungen bedroht war, schreibt Rawenduzy empört an Bundeskanzler Helmut Kohl (1. September 1983): „Besonders erschütternd aber ist für mich als einen seit 30 Jahren in Österreich lebenden nostrifizierten Kurden, daß ein Mensch, der in einer europäischen Demokratie vor einer bluti-

gen Diktatur in seiner Heimat Schutz und Hilfe sucht, von einem Land in den Tod getrieben wird, in dem nicht zu erwarten wäre, daß die Menschenrechte und die Flüchtlingskonvention nur in Form von Lippenbekenntnissen akzeptiert wären.“⁷ Es ist nicht besser geworden, vielmehr verfügte das deutsche Innenministerium ein Verbot gegen kurdische Vereine und Organisationen und liefert die für ihre Rechte kämpfenden Kurden an die Türkei aus.

In Wien war Ende 1975 ein *Verein der Freunde des kurdischen Volkes* von einem sozialdemokratisch orientierten Proponentenkomitee, bestehend aus Otto Probst, Karl Blecha, Fritz Prechtel, Felix Braun und Fritz Muliar sowie Hans Hauser und anderen, als eine Art Auffangorganisation für die mit Regierungsbeschluss nach Österreich eingeladenen 100 kurdischen Flüchtlinge aus dem Irak gegründet worden. Über Maria Strasser-Broda war Christian Broda von Anfang an eingebunden. Der Verein vertrat, was betont werden muss, eine Bevölkerungsgruppe, die keinen international anerkannten Völkerrechtsstatus genoss, vielmehr als diskriminiertes Minderheitenelement in den Verband von vier Nahoststaaten eingegliedert war, mit denen Österreich seit langem politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen unterhielt. Es gab von Seiten der Türkischen Botschaft wiederholt diplomatische Proteste, zum Beispiel gegen eine Vortragsreihe des Vereins in der Urania über Kurdistan. Im Juni 1983 richtete der Vereinsvorstand ein Telegramm an Bundeskanzler Fred Sinowatz (1929–2008) und Außenminister Erwin Lanc mit der Bitte, die Massaker, die türkische Truppen nach Überschreitung der irakischen Grenze unter der dortigen Zivilbevölkerung angerichtet haben, vor die Vereinten Nationen zu bringen. Zur selben Zeit (Wien 1982) publizierte der Verein eine Informationsbroschüre „Kurdistan klagt an. Völkermord statt Selbstbestimmung“ (Hg. von Sissy Autolny)⁸, ergänzt durch eine Dokumentation „Untersuchung der Lage der Kurden in der Türkei“, die von UN-Behörden, österreichischen Rechtsanwälten und bundesdeutschen Gerichten in Asylrechtsverfahren benützt wurde.

Das Faktum, dass NATO Länder wie die Bundesrepublik Deutschland sich von der ethnischen, kulturellen und politischen Unterdrückung der Kurden in der Türkei nicht weiter beeindruckt ließen und lassen, ist im Zusammenhang damit zu sehen, dass die Türkei eben ein fester Flugzeugträger der NATO und Verbündeter des US-amerikanischen wie europäischen Imperialismus ist.

Christian Broda, österreichischer Justizminister der Jahre 1960–1966 und 1970–1983, war in der Nazizeit mit zahlreichen anderen Soldaten in der kommunistischen Widerstandsgruppe „Der Soldatenrat“ beteiligt gewesen. Er hat nur wegen der Standhaftigkeit seiner verhafteten Genossen, unter denen der Sanitätsunteroffizier Alfred Rabofsky (1919–1944) war, überlebt. Broda knüpfte in seinen im Anhang hier abgedruckten, bisher noch nicht veröffentlichten Einleitungsworten zum Wiener Kurdistan-Symposium an die Erfahrungen Österreichs, insbesondere der österreichischen Arbeiterbewegung an und betonte, dass die Menschenrechtsverletzungen an den Kurden eng mit den Weltproblemen verflochten sind. Schön ist die Bezugnahme von Broda auf seinen Freund aus Jugendjahren im Widerstand gegen die Naziokkupanten Friedrich Heer (1916–1983).⁹ Es soll allerdings nicht unerwähnt sein, dass es eben dieser Friedrich Heer war, der für Christian Broda zum zehnten Jahrestag der Hinrichtung des Kämpfers für die Unabhängigkeit Österreichs und für die Befreiung von der Nazibesatzung Alfred Rabofsky als Gedenkredner eingesprungen ist: „Wenn wir aus diesem Raum hinaustreten, wollen wir das mit uns nehmen: wir dürfen uns selbst achten und dürfen unser Leben für lebenswert halten, solange wir das Zeugnis, das Blutzeugnis des jungen Menschen annehmen, der hier vor 10 Jahren am 19. September 1944 starb, weil er wusste, dass die größte Militärmacht und Diktatur zerbrechen muß, wenn ihr kleine Leute entgegentreten, die keine Furcht haben.“ Christian Broda schien damals ein solches Gedenken für seine weitere, im steilen Aufstieg begriffene Karriere in der Sozialdemokratie nicht mehr passend zu sein.¹⁰

Die Persönlichkeit von Broda gab dem hier ebenfalls abgedruckten Appell des Symposiums besonderes Gewicht. Die von den Nazis verfolgte Politikwissenschaftlerin Charlotte Teuber (1923–

1998) sprach davon, wie es in einer APA Aussendung heißt, dass „*Leichenberge nur interessant [sein], wenn politisch verwertbar*“.¹¹ Die österreichischen Zeitungen einschließlich der kommunistischen *Volksstimme* brachten über dieses Symposium keine Nachricht. Die AZ-



Christian Broda (1916–1987)

Redaktion gestaltete aber gemeinsam mit dem *Verein der Freunde des kurdischen Volkes* am 15. Juni 1984 eine Sondernummer „*Kurdistan. Völkermord statt Selbstbestimmung*“ mit elf Beiträgen. Kendal Nazan, Leiter des seit 1983 in Paris bestehenden *Institut Kurde*, schrieb einen Beitrag unter dem Titel „In der UdSSR: Autonomie auf kyrillisch“ über die Lage der ca. 300.000 Kurden in der armenischen Sowjetrepublik: „Immerhin genießen die Kurden in der Sowjetunion kulturelle Autonomie [...] In Sowjetarmenien können kurdische Eltern von Volksschulkindern verlangen, daß Kurse in kurdischer Sprache eingerichtet werden, wenn sich mindestens fünf Schüler dafür interessieren. [...] Die Kurdologie als wissenschaftliche Disziplin – an den Universitäten des Westens nicht einmal ein Stiefkind, sondern einfach inexistent – wird in der Sowjetunion vergleichsweise intensiv betrieben. Es gibt eigene Abteilungen dafür an den Instituten für Orientalistik der Universitäten von Leningrad, Moskau, Taschkent, Eriwan, Tiflis und Baku.“

Broda intervenierte 1986 beim sozialdemokratischen Justizminister Schwedens Sten Wickbom für den dorthin ins Exil geflüchteten Rechtsanwalt Hüsein

Yildirim, der von der Entziehung der Aufenthaltserlaubnis bedroht war, und begründete seine Beweggründe so (17. Jänner 1986): „*Die Republik Österreich blickt auf eine lange Tradition der aktiven Asylgewährung zurück. Unsere Regierungen haben sich auch immer in besonderem Maße der in ihren Heimatländern verfolgten Angehörigen der Kurdischen Nation angenommen.*“ Das von Basel aus tätige Europäische Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter (*Comité Européen Pour La Défense Des Réfugiés Et Immigrés/C.E.D.R.I.*) hatte im Mai 1986 eine Zusammenstellung der grausamen, in Europa so gut wie unbekanntem Kampagne gegen die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) herausgebracht. Nachdem deswegen vom *Figaro Magazin* C.E.D.R.I. als „Giftküche“ denunziert wurde, unterstützte Broda das Komitee bei dessen Klage auf Widerruf mit einem vorzeigbaren Schreiben (22. Mai 1986): „Auch auf dem III. Kongreß des CEDRI (5.–11. Mai 1986) in Limans (Alpes de Haute-Provence) standen die Fragen des Asylrechtes und des internationalen Schutzes der Menschenrechte sowie der Kampf gegen den Rassismus im

Mittelpunkt der Beratungen. An diesem Kongreß habe ich teilgenommen und selbst einen Vortrag über diesen Themenkreis gehalten und Vorschläge erstattet, die die Zustimmung des Kongresses erhalten haben. Der Kongreß hat sich mit Nachdruck dagegen gewendet, daß durch den Abbau der Grund- und Freiheitsrechte dem Terrorismus Vorschub geleistet wird. Nach meinen Erfahrungen leisten die Aktivisten des CEDRI durch ihre Initiativen und ihr mutiges Eintreten für die Grund- und Freiheitsrechte einen bemerkenswerten Beitrag zur Durchsetzung der Prinzipien der Menschenrechtsdokumente der Vereinten Nationen und der Europäischen Menschenrechtskonvention.“

Die geopolitische Situation, in der die Kurden leben, hat sich naturgemäß nicht geändert. Ihre Situation ist nicht besser geworden. Im Juni 2008 wurde von den bürgerlichen Medien randständig berichtet, dass die türkische Armee zusammen mit dem Iran gegen Stellungen der PKK und der PEJAK (Partei für ein Freies Leben in Kurdistan) ihre Militärationen (u. a. Bomben auf Zivilisten) gestartet hat (*Neue Zürcher Zeitung* vom 5. Juni 2008). In der Türkei demonstrierten am 31. August 2008

hunderttausende Menschen für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage, die zu den völlig ungelösten Problemen der Welt zählt. Die türkische Regierung betreibt weiterhin eine massive Eskalationspolitik gegen das kurdische Volk.

Die Vereinten Nationen haben sich vor 60 Jahren am 10. Dezember 1948 in ihrer Menschenrechtsdeklaration, die ihre Entstehung dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition über den deutschen Faschismus verdankt, das ideale Ziel gesetzt, dass künftig niemand mehr auf unserer Welt Opfer werden soll von Massenmorden und Massendeportationen, von Konzentrationslagern und Folter, von Gesinnungsterror und Rassenwahn, von Kriegen und Annexionen. Alle Menschen, ob Frau oder Mann, ob schwarz oder weiß, ob arm oder reich, ob gläubig oder atheistisch, sollen frei und gleich an Würde und an Rechten sein. Hermann Klenner, der 2006 mit dem Menschenrechtspreis der *Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde* (GBM) ausgezeichnet worden ist,¹² weist darauf hin, dass der Kampf um diese Menschenrechte auch als konstruktiver Antifaschismus zu begreifen ist.¹³ Die Solidarität von Christian Broda mit dem Schicksal des kurdischen Volkes ist aus der antifaschistischen Tradition der österreichischen Arbeiterbewegung, die bei Broda und in der österreichischen Sozialdemokratie noch in lebendiger Erinnerung war, erwachsen.

Dokumente

1984 04 28. Ansprache von Christian Broda über den Kampf um die Menschenrechte und darüber, dass dieser Kampf auch ein Kampf für die Rechte der Kurden ist.

Maschineschrift nach eigenhändigem handschriftlichem Konzept. Dort handschriftliche Ergänzungen (in kursiv gesetzt). Nachlass Christian Broda. Handschriftensammlung der Österreichischen Nationalbibliothek.

Ich habe den Ehrenschatz über diese Tagung in doppelter Eigenschaft übernommen: Als Österreicher und als ehemaliger Justizminister, der sein Land durch viele Jahre auf vielen Europäischen Justizministerkonferenzen vertreten hat. Daß mich dabei im besonderen Maß die Verletzungen der Menschenrechte in Kurdistan und die politischen und rassischen Verfolgungen, denen die Kurden ausgesetzt sind, berühren, muß ich nicht eigens betonen.

Die Menschenrechtsverletzungen, denen Opfer die Kurden tagtäglich werden,

sind eng verflochten mit den Problemen der Welt von heute, sie sind ein Teil unserer Weltprobleme und sie sind deshalb selbst ein Weltproblem.

Ihre Probleme sind unsere Probleme. Der Kampf um die Menschenrechte der Kurden ist eng verflochten mit dem Kampf um die Menschenrechte in der ganzen Welt. Es ist ein Kampf im Zeichen und im Namen der unteilbaren Menschenrechte. Ein Österreicher weiß um die Bedeu-

tung der internationalen Solidarität und der weltweiten Anteilnahme an den bedrohten Menschenrechten im eigenen Land. Wir haben ihre Bedeutung erlebt, als vor einem halben Jahrhundert in unserem Land die demokratischen Freiheitsrechte beseitigt, der letzte tapfere Widerstand mit Kanonen und Maschinengewehren niedergeworfen wurde und die Todesurteile von Standgerichten gefällt innerhalb von längstens drei Stunden vollstreckt wurden.

Vier Jahre später – im März 1938 – haben wir erfahren, was es bedeutet allein gelassen zu werden, wenn die Übermacht überlegener fremder Armeen der militärischen Okkupation den Weg bahnt. Damals hat sich gezeigt, wie rasch jene Staaten, die es nicht wagten, der Gewalt gegenüber einem kleinen friedlichen Volk entgegenzutreten, selbst bald darauf zum Opfer überlegener gewaltsamer Aggression und Okkupation geworden sind.

Die Österreicher haben 1945 die Lehren aus ihrer Katastrophe gezogen und sind fest entschlossen – bei allen unterschiedlichen politischen Auffassungen – einig und vereint aufzutreten, wenn es um ihre nationale Freiheit und die Behauptung der Lebensrechte ihres Volkes geht. Auch wir haben für diese Erkenntnis ein hohes geschichtliches Lehrgeld gezahlt. Aber wir haben damit Erfolg gehabt und geben ein Beispiel, das nur nachahmenswert erscheint.

Ich habe den Ehrenschatz über diese Tagung in ^{doppelter} ~~vielfacher~~ Eigenschaft übernommen: Als Österreicher, ~~Österreicher~~ und als ehemaliger Justizminister, der sein Land durch viele Jahre auf vielen Europäischen Justizministerkonferenzen vertreten hat. Daß mich dabei im besonderen Maß die Verletzungen der Menschenrechte in Kurdistan und die politischen und rassischen Verfolgungen, denen die Kurden ausgesetzt sind, berühren, muß ich nicht eigens betonen.

Eigenhändiges Konzept von Christian Broda (ÖNB, Handschriftenabteilung).

Einigkeit und Geschlossenheit im Auftreten gegenüber der Umwelt sind die unentbehrlichen Voraussetzungen für den Erfolg.

Wir österreichischen Sozialisten – führende Regierungspartei des Landes seit bald anderthalb Jahrzehnten – haben im Mai 1978 bei der Beschlußfassung über unser Parteiprogramm¹⁴ die Schlußfolgerungen gezogen als wir formulierten: „Die Sozialisten treten ein:

Für die wirksame Sicherung und den Ausbau der Grund- und Freiheitsrechte. Für die Verankerung der sozialen Grundrechte in der Verfassung.

Für die Verwirklichung der Grundsätze der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Für die weltweite Anerkennung und Sicherung der Menschenrechte im Geiste der internationalen Solidarität.

Für den Kampf gegen alle Formen von Unfreiheit und Diskriminierung, gegen Todesstrafe, Folter und Terror.“

Im weltweiten Ringen um die Menschenrechte kommt dem Kampf gegen die Todesstrafe ein besonderer Platz zu.

Die Republik Österreich hat sich auf Grund eigener leidvoller Erfahrungen in diesem Jahrhundert in die Reihe jener Staaten eingeordnet, die die Todesstrafe für jede Art von Verfahren durch Verfassungsgesetz unter allen Umständen abgeschafft hat. Wir haben dabei an die 16.000

Todesurteile von Militärgerichten im ersten Weltkrieg, an die Todesurteile der Standgerichte im österreichischen Schicksalsjahr 1934 und an die 1187 Hinrichtungen durch das Fallbeil, die im „Hinrichtungsbuch“ des kath[olischen]. Anstaltsseelsorgers eines einzigen Gerichtshofes auf österreichischem Boden während der NS-Besetzung zwischen 1938 und 1945 verzeichnet sind, gedacht.

Der evangelische Anstaltsgeistliche Pfarrer [Hans] Rieger hat uns in seinem erschütternden Erinnerungsbuch „Das Urteil wird [jetzt] vollstreckt“¹⁵ darüber berichtet.

So war es nur natürlich, daß Österreich den Stockholmer Appell von Amnesty International vom 11. Dezember 1977 zur weltweiten Ächtung der Todesstrafe aufgenommen hat, in dem es heißt:

„Die Stockholmer Konferenz über die Abschaffung der Todesstrafe, die sich aus mehr als 200 Delegierten und Teilnehmern aus Asien, Afrika, Europa, dem Mittleren Osten, Nord- und Südamerika und der Karibischen Region zusammensetzt. ...

Ruft auf

– nationale und internationale nicht-staatliche Organisationen, kollektiv und individuell für Material zur Information der Öffentlichkeit zu sorgen, das auf die Abschaffung der Todesstrafe abzielt.

– alle Regierungen, die sofortige Abschaffung der Todesstrafe herbeizuführen,

– die Vereinten Nationen unzweideutig zu erklären, daß die Todesstrafe dem internationalen Recht widerspricht. ...“

In diesem Sinn hat Österreich der XI. Konferenz der Europäischen Justizminister in Kopenhagen am 22. Juni 1978 den Auftrag unterbreitet, die Frage der europaweiten Zurückdrängung der Todesstrafe in das Arbeitsprogramm des Europarates aufzunehmen. Wir verwiesen dabei insbesondere auf Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskon-

vention mit dem Wortlaut „Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterzogen werden“.

Ebenso erinnerten wir an Art. 7 des Internationalen Paktes der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte, der bestimmt, daß „niemand grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden darf“. In besonderer Weise hat sich der österreichische Antrag mit dem Argument auseinandergesetzt, eine europäische Initiative gegen die Todesstrafe käme angesichts des internationalen Terrorismus zur Unzeit. Wir führten dazu aus:

„Gerade wer die Vernichtung von Menschenleben auch in gesetzlich sanktionierter Form ablehnt, kann der tiefen Inhumanität des Terrors mit ganzem moralischen Nachdruck entgegenreten. In einer Zeit, in der es fanatisierten Gewalttätern gelingt, Worte wie Todesurteil und Hinrichtung in die Überschriften europäischer Zeitungen zu bringen, kann es eine angemessene Antwort des Rechtes sein, diese Worte aus dem Sprachschatz des Gesetzbuches endgültig zu entfernen.“

Der weltweite Kampf gegen die Todesstrafe hat große praktische und tiefe symbolische Bedeutung. Er steht stellvertretend für den weltweiten Kampf für die Menschenrechte.

Die österreichische Initiative im Europarat hat Erfolg gehabt. Die europäischen Justizministerkonferenzen von Aachen (1979), Luxemburg (1980), Montreux (1981) und Athen (1982) haben sich mit der Frage der Abschaffung der Todesstrafe beschäftigt. Die parlamentarische Versammlung des Europarates hat am 22. April 1980 mit großer Mehrheit ihre Beiseitigung verlangt. Die österreichischen Vertreter Dr. Hilde Hawliczek (SPÖ) und Dr. Sixtus Lanner (ÖVP) sind mit Nachdruck für die europaweite Abschaffung der Todesstrafe eingetreten.

Am 28. April 1983 haben 12 Mitgliedsstaaten des Europarates in Straßburg das 6. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention über die Abschaffung der Todesstrafe unterzeichnet. Inzwischen haben zwei weitere Staaten, also insgesamt 14 europäische Staaten ihren Beitritt zur Konvention gegen die Todesstrafe erklärt. Drei Staaten, Österreich, Dänemark und Schweden haben diesen völkerrechtlichen Vertrag nach Einholung der Zustimmung ihrer Parlamente ratifiziert. Die österreichische Ratifikationsurkunde ist am 5. Jänner 1984

beim Generalsekretär des Europarates in Straßburg hinterlegt worden.

Die Zentrale von Amnesty International in London veröffentlicht jeden Monat die Namen der in aller Welt zum Tode verurteilten und der hingerichteten Frauen und Männer. Diese Monatslisten sind schrecklich lang. Immer wieder scheinen auch die Länder auf, in denen das kurdische Volk lebt. Nicht wenige Kurden finden sich unter den Namen der zum Tod Verurteilten und der Hingerichteten.

Wir wissen, daß die weltweite Zurückdrängung und die schließliche Ächtung der Todesstrafe keine Aufgabe ist, die von heute auf morgen gelöst werden kann. Umso wichtiger ist der moralische Impuls, der von der Europäischen Menschenrechtskonvention und dem 6. Zusatzprotokoll über das Verbot der Todesstrafe ausgehen wird. Den Gegnern der Todesstrafe in aller Welt wird verstärkter moralischer Rückhalt gewährt. Die bewundernswerten Bemühungen von Amnesty International um die weltweite Abschaffung der Todesstrafe erhalten wirksame Unterstützung.

Und vor allem: Vergessen wir eines nicht: Der Kampf gegen die Todesstrafe ist immer auch Kampf um den Schutz der Menschenrechte. So ist der Kampf gegen die Todesstrafe, auch wenn ihre Zurückdrängung in der demokratischen Staatengemeinschaft Europas schon erfreulich weit gediehen ist, nach wie vor eine Aufgabe von aktueller unmittelbarer Bedeutung für den weltweiten Kampf um die unteilbaren Menschenrechte. Bedenken wir, daß die Türkei ein Mitgliedsstaat des Europarates ist, in dem die Kurden Opfer besonderer Verletzungen der Menschenrechte sind. Es ist kein Zufall, daß in der Türkei Todesurteile in größerer Zahl – auch gegen Kurden – verhängt und vollstreckt werden. Ich gehöre einer Generation an, die den entsetzlichen Völkermord in der Zeit des 2. Weltkrieges erlebt hat und ich gehöre zu jenen, die meinen, daß vielleicht auch damals manches anders gekommen wäre, wenn die öffentliche Meinung in der Welt nachhaltiger und lauter protestiert hätte. Keine Diktatur und kein Gewaltregime ist unempfindlich gegen die Weltmeinung. Eine Weltöffentlichkeit und eine Weltmeinung gegen die Verletzung der Menschenrechte der Kurden aufzubauen, daran wollen wir mitarbeiten und dazu wollen wir beitragen.

Der große österreichische Kulturphilosoph und Humanist, der im Vorjahr verstorbene Historiker Friedrich Heer hat einmal darauf verwiesen, daß es in der

www.klahrgesellschaft.at

- Informationen über Ziele und Aktivitäten der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT.
- Sämtliche Beiträge aus den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* der Jahrgänge 1994–2008 im Volltext.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT seit 1993.
- Beiträge und Bibliographien zur Geschichte der KPÖ.
- Publikationen des Verlages der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und Bestellmöglichkeit.

Geschichte kein Beispiel dafür gibt, wonach eine Minderheit oder eine Dissidentenbewegung oder Gruppe auch noch so schwerer Verfolgung oder Unterdrückung gänzlich oder dauernd erlegen wäre. Wie ein unterirdischer Strom hat sich noch jede geschichtliche Freiheitsbewegung, gleichgültig, ob es sich um eine gesellschaftliche Minderheit oder ein ganzes Volk gehandelt hat, ihren Weg zum Licht erkämpft.

Ich zweifle nicht daran, daß sich auch das tapfere kurdische Volk seinen Weg in eine bessere Zukunft bahnen wird.

Dazu wollen auch wir unseren Beitrag leisten: Im Namen der unteilbaren Menschenrechte.

1984 04 29. Resolution des unter dem Ehrenschrift von Christian Broda abgehaltenen Symposiums zur „Geopolitischen Situation Kurdistans“.

Maschineschrift. Vervielfältigung. Eigenhändige Unterschrift von Dr. Wiriya Rawenduzy. Nachlass Christian Broda. Handschriftenabteilung der Österreichischen Nationalbibliothek.

Der Europarat möge bei seinen Beratungen über die Frage der Mitgliedschaft der Türkei durch die Parlamentarische Versammlung und das Ministerkomitee folgende Punkte berücksichtigen:

1. Die Menschenrechte – verankert in der Europäischen Menschenrechtskonvention – sind unteilbar. Sie können nicht mit zweierlei Maß gemessen werden, wie dies im Gegensatz zur seinerzeitigen Regelung der Frage Griechenlands und der Junta jetzt bei der Türkei geschieht.

2. Die Türkei wurde unter der Militärdiktatur in gleicher Weise wie jetzt in der vielbeschworenen Phase des Übergangs zu demokratischen Verhältnissen von zuverlässigen und in ihrer moralischen Qualifikation unbestrittenen Organisationen wie Amnesty International mit konkreten Belegen der systematischen Anwendung der Folter, gegebenenfalls bis zum Tod der politischen Gefangenen vor allem auch unter den Kurden, beschuldigt.

3. Die demokratischen Verhältnisse der gegenwärtigen Realität sehen so aus, daß in 54 von 67 Provinzen des Landes nach wie vor das Kriegsrecht gilt.

4. Eine Untersuchungsmission, die über offizielle Regierungsstellen des zu untersuchenden Landes und unter Begleitung der Delegierten durch Vertreter der Sicherheitskräfte durchgeführt wird, scheint über die tatsächliche Menschenrechtssituation nur sehr bedingt Aufschluß geben zu können.

Die Teilnehmer des Symposiums – unter ihnen der ehemalige österreichische Justizminister Dr. Christian Broda, Wissenschaftler und Vertreter kurdischer Organisationen – appellieren vor diesem Hintergrund an den Europarat, die Türkei insbesondere wegen brutaler ethnisch-kulturell-politischer Verfolgung der mehrere Millionen zählenden kurdischen Minderheit, die in krassem Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention steht, klar zu verurteilen und im Sinne der bereits eingebrachten Staatenbeschwerde auszuschließen.

Gezeichnet: *Rawenduzy m.p.*
(Dr. Wiriya Rawenduzy)

Anmerkungen:

1/ Im Schatten der verlorenen Liebe. Deutsche Erstausgabe Unionsverlag. 1998. Die Originalausgabe erschien 1989 unter dem Titel Siya Evinê in Stockholm, Verlag Orfeus. Songuel Kurt hat mir den Hinweis auf Mehmed Uzun gegeben. Ihr verdanke ich auch sonst aus vielen Gesprächen tiefer gehende Einblicke auf das Schicksal ihres Volkes und kurdischer Flüchtlinge in Österreich!

2/ Felix Ermacora: Menschenrechte in der sich wandelnden Welt. II. Band. Theorie und Praxis. Die Verwirklichung der Menschenrechte in Afrika und im Nahen Osten. Wien 1983, 461.

3/ Ein umfangreiches, auf die Ereignisgeschichte orientiertes Werk über die Kurden hat der oberösterreichische Historiker Ferdinand Hennenbichler: „Die Kurden“, Mosonmagyaróvár 2004, verfasst. Das Bundesland Niederösterreich hat gemeinsam mit dem Museum für Völkerkunde, Wien, 1992 auf Schallaburg eine informative Ausstellung gestaltet, samt Katalog: Kurden. Azadi – Freiheit in den Bergen. Wien 1992. Darin u. a. der Artikel von Hans Hauser, Heimat in der Fremde – Fremde Heimat,

215–224. Hans Hauser ist auch der Verfasser von: Die Kurden. Stiefsöhne Allahs. München/Berlin 1979 (erw. u. aktualisierte A.).

4/ Ingrid Weiss: Der sich dem Terror stellte. Vom Wiener OPEC-Überfall zum Terrorismus der Gegenwart. Ein Tatsachenbericht. Wien 2004.

5/ Stenographisches Protokoll der Nationalrats-sitzung vom 29. April 1975.

6/ 30 Jahre Kurden in Österreich. Musterbeispiel gelungener Integration. Österreichisch-Kurdische Gesellschaft für Wissenschafts- und Kulturaustausch. o.J. Wien.

7/ Kopie Nachlass Broda. ÖNB (Handschriftenabteilung).

8/ 2. erweiterte Auflage, Wien, Mai 1982 (Eigen-druck, 34 Seiten).

9/ Evelyn Adunka: Friedrich Heer (1916–1983). Eine intellektuelle Biographie. Innsbruck/Wien 1995.

10/ Gerhard Oberkofler/Eduard Rabofsky: Pflichterfüllung für oder gegen Österreich. Historische Betrachtungen zum März 1938. Wien 1988.

11/ APA Aussendung, Nachlass Broda.

12/ Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Band 85 (2006): Zum 80. Geburtstag von Hermann Klenner. Berlin 2006.

13/ Hermann Klenner, Marxismus und Menschenrechte. Studien zur Rechtsphilosophie. Anh.: Menschenrechtskataloge aus Vergangenheit und Gegenwart (=Schriften zur Philosophie und ihrer Geschichte 31). Berlin 1982; ders. u.a.: Recht und Unrecht. Bielefeld 2004. Wien 1977 (Europa Verlag). Zuletzt: Kampf für Menschenrechte. Universale Menschenrechtsdeklaration ist konstruktiver Antifaschismus. In: *antifa. Magazin der VVN-BdA für antifaschistische Politik und Kultur*. Sept./Okt. 2008

14/ Sozialistische Partei Österreichs. Parteiprogramm. Beschlossen am Bundesparteitag vom 18. bis 20. Mai 1978 in Wien. SPÖ 1978 (87 S.).

15/ Wien 1977 (Europa Verlag).



Neuerscheinung

Peter Goller: „**Während der Schlacht ist es schwer, Kriegsgeschichte zu schreiben, ...**“ Geschichtsschreibung der österreichischen Arbeiterbewegung vor 1934. Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2009 (Quellen & Studien, Sonderband 10) 112 S., 8,- Euro, ISBN 978-3-9501986-6-9

Viktor Adler hat 1908 bedauert, dass die „notwendigsten Vorarbeiten für ein eindringendes Verständnis der Geschichte der proletarischen Bewegung fehlen“: „Während der Schlacht ist es schwer, Kriegsgeschichte zu schreiben. (...)“ Die bürgerliche Geschichtswissenschaft an den österreichischen Universitäten ignorierte das Thema. Vielmehr entstanden die ersten historischen Rückblicke am Ende des 19. Jahrhunderts zur eigenen Selbstverständigung, zum „Behelf der Agitation“ aus der sozialdemokratischen und auch aus der „anderen“ radikalen Arbeiterbewegung selbst. Wichtige erste Beiträge zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung lieferten etwa Carl Grünberg, Ludwig Brügel, Julius Deutsch, Emil Strauß oder August Krcal.

Bezugsmöglichkeit: klahr.gesellschaft@aon.at

Symposium „90 Jahre Kommunistische Partei Österreichs“

Ein Symposium der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark beschäftigte sich anlässlich des 90. Jahrestages ihrer Gründung mit der Geschichte der KPÖ.

Im November dieses Jahr jährte sich zum neunzigsten Mal ein Ereignis, das zu den tiefsten Zäsuren der österreichischen Geschichte zählt: das Ende der Habsburger-Monarchie und die Proklamation der Ersten Republik. Ebenso im November 1918 wurde die Kommunistische Partei Österreichs gegründet, die damit eine der ältesten kommunistischen Parteien der Welt und die einzige Partei Österreichs darstellt, die seit Gründung der Republik ohne Unterbrechung besteht.

Von diesem Gedenktag ausgehend veranstaltete die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT am 8. November in Graz bzw. 15. November 2008 in Wien – in Kooperation mit dem *Bildungsverein der KPÖ Steiermark* – ein Symposium, das sich die Aufgabe stellte, die politische Entwicklung der KPÖ bis zum heutigen Zeitpunkt in Bezug zu setzen zur neueren österreichischen Geschichte. Das Symposium wurde von Dr. Walther Leeb (Präsident der Alfred Klahr Gesellschaft) und Franz Stephan Parteder (Landesvorsitzender der KPÖ Steiermark) als dritte gemeinsame Veranstaltung eröffnet. In den beiden Vorjahren waren das Thema „60 Jahre Verstaatlichungsgesetzgebung“, sowie die Entwicklung der EU zu einem Militärbündnis im Mittelpunkt zweier Konferenzen gestanden.

Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann (Institut für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Linz) widmete sich im Eröffnungsreferat den politischen und sozialen Veränderungen in der Frühphase der

Ersten Republik. In Auseinandersetzung mit negativen Stereotypen über das Jahr 1918 skizzierte er die Errungenschaften der österreichischen Revolution 1918/19, vor allem der in diesen Jahren erkämpften Sozialgesetzgebung: Veränderungen, die sowohl in Umfang als auch Tiefe in der österreichischen Geschichte beispiellos dastehen. Die Gründung der KPÖ deutete er als Folge einer objektiven Notwendigkeit, wurde doch der Kapitalismus von einer sozialrevolutionären Welle erschüttert. Am Beispiel der Positionen der österreichischen Sozialdemokratie in den Jahren 1918 bis 1920 kam das Auseinanderklaffen zwischen dem Charakter der Revolution und ihren Triebkräften zur Sprache. Der auf eine Rätemacht orientierenden KPÖ gelang es jedoch nicht, entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung zu nehmen.

Dr. Winfried R. Garscha (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes) skizzierte in seinem Referat die Grundlinien der KPÖ-Politik in der Ersten Republik und im antifaschistischen Widerstand. Der Hauptinhalt ihres Wirkens bestand zunächst in der Verteidigung der revolutionären Errungenschaften gegen die Angriffe des Bürgertums und dessen Kursnahme auf die Beseitigung des „revolutionären Schutts“. Anhand der Eckdaten 1927 und 1934 skizzierte Garscha die Rechtsentwicklung des politischen Systems und damit zusammenhängende Einschätzungen und Politikfelder der KPÖ. Nach dem Verbot der Partei 1933 und den

Februarkämpfen 1934 entwickelte sich die bis zu diesem Zeitpunkt kleine Partei zu einer relevanten Kraft in der österreichischen ArbeiterInnenbewegung. Im Mittelpunkt ihrer Politik dieser Jahre stand der Kampf um den Frieden und die neu aufge-rollte nationale Frage mit der Zielsetzung einer demokratischen Republik. 1938 verurteilte die KPÖ als einzige politische Kraft den „Anschluss“ Österreichs an Deutschland und verband dies mit der Perspektive der Wiederherstellung Österreichs. Abschließend widmete sich Garscha Grundlinien des antifaschistischen Widerstands und Exils der österreichischen KommunistInnen.

Nach der Mittagspause referierte Univ.-Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Universität Innsbruck) über die Verbindung von Wissenschaft und Kommunistischer Partei. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand das Wirken kommunistischer WissenschaftlerInnen nach 1945, beispielhaft seien an dieser Stelle Engelbert Broda, Wilhelm Frank, Georg Knepler, Eduard Rabofsky und Walter Hollitscher genannt. Danach wurde die chronologische Darstellung der Parteigeschichte fortgesetzt: Mag. Manfred Mugrauer (Alfred Klahr Gesellschaft) widmete sich mit dem Besatzungsjahrzehnt jener Phase, in der die KPÖ über den größten Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung verfügte. 1945 trat sie als gleichberechtigte Partnerin in die erste Nachkriegsregierung ein, bereits das Jahr der Befreiung macht jedoch die beginnende Ausgrenzung der KommunistInnen

Foto links: Symposium „90 Jahre Republik – 90 Jahre KPÖ“ am 8. November 2008 in Graz. Am Pult: Winfried R. Garscha, Vorsitz: Franz Stephan Parteder und Walther Leeb. Foto rechts: Hans Hautmann beim Symposium am 15. November 2008 in Wien.



deutlich. Das Gewicht der KPÖ wurde in der Folgezeit vom Kalten Krieg bestimmt. Als mit der sowjetischen Besatzungsmacht verbundene Partei verfügte sie auf der einen Seite über relative Einflussmöglichkeiten in der sowjetischen Besatzungszone (z.B. in den USIA-Betrieben), auf der anderen Seite trug das Naheverhältnis der KPÖ zur Sowjetunion im antikommunistischen politischen Klima der Nachkriegszeit zu ihrer Abstempelung als „Russenpartei“ bei. In den Klassenauseinandersetzungen dieser Jahre konnte sich die KPÖ als Oppositionskraft gegen die kapitalistische Restauration profilie-

ren und verfügte über bedeutende Positionen in den industriellen Großbetrieben. Nach dem Abschluss des Staatsvertrags und der Ungarn-Krise 1956 ging der Einfluss der Partei kontinuierlich zurück.

Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann leitete im Anschluss daran auf Probleme der KPÖ-Politik seit den 1960er Jahren bis 1990 über. Er schilderte die objektiven ökonomischen und politischen Veränderungen des kapitalistischen Systems hin zum „Sozial- und Wohlfahrtsstaat“, die in der Arbeiterschaft im Hinblick auf gänzlich neue Möglichkeiten bei der Befriedigung der Alltagsbedürfnisse massenhaft bewusstseinsbildend wirkten und den Glauben befestigten, dass der Kapitalismus alten Schlages endgültig der Vergangenheit angehöre – Illusionen, die nach wie vor da sind, obwohl seit 15 Jahren der massive Abbau des Sozialstaates im Zeichen des Neoliberalismus erfolgt. Als interessanteste Periode bezeichnete Hautmann die Jahre 1970 bis 1975, weil sie zeigten, dass der negative Trend der KPÖ nicht unvermeidlich war. In diesem Zeitraum konnte die KPÖ viele neue, junge Mitglieder gewinnen und in Betrieben, bei Gemeinderats-, Landtags- und Nationalratswahlen Erfolge erzielen. Der Referent erklärte diese Attraktivität damit, dass die KPÖ in der Parteikrise 1968–1970 reformistischen wie revisionistischen Tendenzen eine Absage erteilte.

Zum Abschluss des Symposiums skizzierte Ernest Kaltenecker, Abgeordneter zum steiermärkischen Landtag, am Beispiel des Aufschwungs der KPÖ Steiermark Möglichkeiten kommunistischer Politik heute. In der Steiermark konnte nach 1990 sowohl auf landes- als auch auf kommunalpolitischer Ebene der rückläufige Einfluss der KPÖ durchbrochen werden: Nach vier Mandaten im Jahr 1998 errang die Partei 2003 zwölf Mandate bei den Grazer Gemeinderatswahlen und zwei Stadtsenatssitze, 2005 erfolgte mit vier Mandaten der Wiedereinzug in den Landtag. Als einen wesentlichen Eckpunkt der Neuorientierung der KPÖ Steiermark bezeichnete Kaltenecker die Konzentration auf Schwerpunkte wie das Wohnungsthe-ma am Beispiel der KPÖ Graz.

Franz Stephan Parteder verwies in seinem Schlusswort auf die Herausforderungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, deren wissenschaftliche Durchdringung auch den Ansatzpunkt für die Kooperation von ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und KPÖ Steiermark in Form eines weiteren Symposiums im Jahr 2009 bieten könnte.

MANFRED MUGRAUER

Claudia Kuretsidis-Haider/Heimo Halbrainer/Elisabeth Ebner (Hg.): Mit dem Tode bestraft. Historische und rechtspolitische Aspekte zur Todesstrafe in Österreich im 20. Jahrhundert und der Kampf um ihre weltweite Abschaffung. Graz: Clio – Verein für Geschichts- und Bildungsarbeit 2008, 220 S., 22,- Euro

Am 7. Februar 1968 erfolgte durch das Bundesverfassungsgesetz, mit dem die Bestimmungen des Bundesverfassungsgesetzes i.d.F. v. 1929 über Ausnahmegerichte und über die Todesstrafe geändert wurden, die endgültige Abschaffung der Todesstrafe in Österreich. Bereits am 24. Mai 1950 war sie im ordentlichen Verfahren abgeschafft (und durch die lebenslange Freiheitsstrafe ersetzt) worden. Die letzte Hinrichtung hat in Österreich am 24. März 1950 stattgefunden.

Aus Anlass des vierzigsten Jahrestages der endgültigen Abschaffung der Todesstrafe in Österreich ist nun der zweite Band der Veröffentlichungen der *Forschungsstelle Nachkriegsjustiz* erschienen, der sich nicht nur mit der Geschichte der Todesstrafe in Österreich im 20. Jahrhundert, einschließlich der NS-„Gerichtsbarkheit“ in der „Ostmark“ der Jahre 1938–1945, beschäftigt, sondern einen Ausblick auf die internationale Lage bietet und einen Eindruck über die Rolle Österreichs bei der weltweiten Zurückdrängung der Todesstrafe vermittelt.

Hans Hautmann weist in seinem Beitrag „Todesurteile in der Endphase der Habsburgermonarchie und im ersten Weltkrieg“ einleitend darauf hin, dass zwei Habsburgerherrscher das Verdienst zukommt, Vorreiter der Abschaffung der Todesstrafe gewesen zu sein. 1786 beseitigte Leopold im Großherzogtum Toskana die Todesstrafe, im Jahr darauf setzte sie sein Bruder Joseph II. im Kaisertum Österreich außer Kraft. Nur wenige Jahre später war sie allerdings wieder eingeführt.

Bemerkenswert sind die Zahlen, die von Hautmann genannt werden. Von 1867 bis zum letzten Friedenjahr 1913 wurden 3.257 Todesurteile verhängt, aber nur 121 (das sind 3,7 Prozent) vollzogen. Für die Jahre 1914 bis 1918 fehlen in den statistischen Jahrbüchern die entsprechenden Angaben. An Hand verschiedener Quellen weist Hautmann dennoch nach, dass die Verhängung und vor allem Vollstreckung der Todesurteile in den Jahren des ersten Weltkrieges auf ein Vielfaches angestiegen ist, auch wenn sich nicht genau sagen lässt, wie

viele Menschen im Namen der vermeintlichen Gerechtigkeit hingerichtet worden sind.

Die junge Republik Österreich

hat – wie Martin F. Polaschek in „Todesstrafe und Todesurteile in Österreich zwischen 1918 und 1938“ ausführt – die Todesstrafe zunächst abgeschafft und erfolgte die Wiedereinführung für das standrechtliche Verfahren erst im Jahre 1933. Das erste Todesurteil wurde übrigens nicht vollstreckt, da der Bundespräsident über Antrag Schuschniggs von seinem Recht zur Begnadigung Gebrauch gemacht hat. Nach 1934 gab es dann die ersten Hinrichtungen, die geradezu ausschließlich politisch motiviert gewesen sind. Die Wiedereinführung der Todesstrafe im ordentlichen Verfahren erfolgte dann im Juni 1934.

Erschütternd sind die Zahlen, die Wolfgang Form in seinem Beitrag zur Todesstrafe in Österreich während der NS-Zeit nennt. Allein im Wiener Landesgericht sind 1.274 Männer und 125 Frauen (bis auf wenige Ausnahmen) aus politischen Gründen hingerichtet worden!

Claudia Kuretsidis-Haider beleuchtet die nach dem Krieg durch österreichische und alliierte Gerichte gefällten Todesurteile gegen NS-Verbrecher und das vom Kabinettsrat am 26. Juni 1945 verabschiedete Verbots- und Kriegsverbrechergesetz. Durch die österreichischen Volksgerichte wurden zwischen 1945 und 1955 43 Todesurteile gefällt, von denen dreißig auch vollstreckt wurden. All diese Urteile sind detailgetreu dargestellt!

In seinem Beitrag „In Österreich zum Tode verurteilt. Todesurteile der Zweiten Republik im ordentlichen Strafverfahren“ schildert Bernhard Sebl die Entwicklung von der Befreiung Österreichs bis zur Abschaffung der Todesstrafe im ordentlichen Verfahren im Jahre 1950. In diesem Zeitraum waren 16 von 57 Todesurteilen vollstreckt worden.

Alles in allem ein Buch nicht von Wissenschaftlern für Wissenschaftler, sondern für jeden historisch oder rechtspolitisch Interessierten mit vielen Fakten und dennoch leicht zu lesen. Und einer klaren Aussage: Die Todesstrafe ist kein Instrument zur Prävention von Verbrechen.

WALTHER LEEB



Karel Jan Hruza (Hg.): *Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts*. Wien: Böhlau 2008, 859 S., 44 Abb., 79,- Euro

Es ist für die Reflexion der Positionen österreichischer Historiker auch der Gegenwart nützlich, dass durch ein von Karel Hruza, Leiter der Arbeitsgruppe Regesta Imperii des Instituts für Mittelalterforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, ausgewähltes Autorenkollektiv Profile von österreichischen Historikern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorgestellt werden. Hruza resümiert den Stand der Geschichte der österreichischen Geschichtswissenschaft und hat den Beitrag über den in Prag und Wien wirkenden „präzisen Wissenschaftler“ und „NS-Historiker“ Heinz Zatschek (1901–1965) auf Basis kenntnisreicher Literatur- und Archivstudien geschrieben, auch hat er erkennbar viel Redaktionsarbeit geleistet. Aus den Beiträgern soll Andreas Zajic separat angesprochen werden, weil dessen Darstellung des langjährigen und einflussreichen Vorstands des Wiener Instituts für österreichische Geschichtsforschung von Hans Hirsch (1878–1940) ebenso wie jene von Hruza über die Disziplingeschichte deutlich hinaus reicht und besonders gelungen ist.

Wer in einem solchen Werk blättert, wird immer den Wunsch haben, dass der eine oder andere Aspekt abgeschwächt oder stärker hervorgehoben hätte werden können. Das mag vielfach Geschmacksache sein, hängt aber vor allem mit dem Wissensstand des Lesers selbst zusammen. So bin ich der Meinung, dass die Neuorientierung nach der Befreiung vom deutschen Faschismus in den Artikeln über Eduard Winter (1896–1982) und Leo Santifaller (1890–1974) zu wenig herausgearbeitet worden ist. Der international denkende Urkundenforscher Santifaller fand diese im patriotischen Interesse Österreichs, der Bolzanoforscher Winter, der auch eine von Wilhelm Frank (1916–1999) angeregte und im Europa Verlag gedruckte Trilogie zur österreichischen Geschichte vom Barock bis zum Liberalismus veröffentlicht hat (1969–1971), im Dienste für ein besseres Deutschland. Das unterscheidet beide, die einander in Respekt begegnet sind, erheblich von so prominenten Akademiemitgliedern und Nazihistorikern wie Harold Steinacker (1875–1965) oder Wilhelm Bauer (1877–1953), die nach

1945 mit den „Auswüchsen“ des nach innen und außen barbarischen Deutschen Reiches nichts zu tun gehabt haben wollten und dessen Niederlage bedauerten. Dass von Historikern rite publizierte Normalleistungen als wissenschaftliche Spitzenleistungen angeboten werden, ist die Regel. Die Vertreter der akademisch bürgerlichen Geschichtswissenschaft, deren es viel zu viele gibt, repräsentieren in ihrer weit überwiegenden Mehrheit kleinbürgerliche Identitäten und schier in idealer Weise die Mitmacher des herrschenden Zeitgeistes. Im vorausseilenden Gehorsam bewegen sie sich in den ihnen gegebenen Richtlinien, auch wenn solche nicht direkt erlassen sind. Hruzas Sammelband ist eine Fundgrube und verdient eingehend studiert zu werden.

GERHARD OBERKOFER

Landesverband Oberösterreich der AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus (KZ-Verband/VdA OÖ) (Hg.): Widerstand der sich gelohnt hat. Rudolf Haunschmid. DVD Ö 2008, ca. 44 min., 10,- Euro

Rudolf Haunschmid war Widerstandskämpfer, Gewerkschafter und Gemeindepolitiker der KPÖ in Linz und ist heute noch mit 86 Jahren ein wichtiger Teil der antifaschistischen Gedenkarbeit in Österreich. Im Film „Widerstand der sich gelohnt hat. Rudolf Haunschmid“ von Simon Loidl und Peter März werden seine Lebensstationen nochmals begangen, während er über sein bewegtes Leben und seine Tätigkeit im Widerstand gegen den Hitler-Faschismus spricht.

Geboren am 27. Mai 1922 als drittes Kind von Zäzilie und Johann Haunschmid in Linz-Urfahr, begann Haunschmid nach Absolvierung der Volks- und Hauptschule eine Spenglerlehre, die er am 15. Juni 1939 erfolgreich mit der Gesellenprüfung abschloss. Zusammen mit drei weiteren Kollegen bildete er in den Linzer Stickstoffwerken eine Widerstandszelle, die Flugblätter, welche sich gegen Krieg und für Frieden aussprachen, verteilte. Die Verfasser der Flugblätter waren den jungen Männern unbekannt, da sie diese immer aus einem toten Briefkasten bezogen haben. Man kann jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass sie vom illegalisierten Kommunistischen Jugendverband (KJV) verfasst wurden. Zum Verhängnis wurde der Gruppe jedoch erst die erfolgreiche Fluchthilfe für

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Dr. Walther Leeb

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Dario Brentin, Peter Goller, Hans Hautmann, Walther Leeb, Manfred

Mugrauer, Gerhard Oberkofler

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Tel.: (+43-1) 982 10 86

FAX: (+43-1) 982 10 86 DW 18

e-mail: klahr.gesellschaft@aon.at

Internet: www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

drei französische Kriegsgefangene, die als Zwangsarbeiter in den Stickstoffwerken beschäftigt waren. Durch das Sammeln von Geld und Kleidung, sowie der Planung der Flucht nach Paris, konnte den Dreien eine Rückkehr in ihre Heimat ermöglicht werden. Die Freude darüber wahrte nicht lange, denn genau einen Tag nach der gelungenen Fluchtaktion wurden Haunschmid und seine Kollegen von der Gestapo abgeholt. Haunschmid wurde nach einem Urteil des NS-„Volksgerichtshofes“ zu einem Jahr Kerker in Dieburg (Deutschland) verurteilt und am 22. Oktober 1942 zum berüchtigten „Strafbataillon 999“ eingezogen, worauf er in Afrika zum Einsatz kam. Am 23. April 1943 geriet er dort in französische Kriegsgefangenschaft und war ab November 1943 als Soldat der französischen Armee erneut im Kampf gegen das Hitlerregime tätig.

Nach der abenteuerlichen Rückkehr nach Österreich im Jahr 1945 trat er in den Dienst der österreichischen Bundesbahn an, wo er bis zu seiner Pensionierung beschäftigt blieb. Für seine zahlreichen Aktivitäten als Gewerkschafter, Gemeindepolitiker, Zeitzeuge, Funktionär des KZ-Verbands/VdA Oberösterreich u.v.m. wurde Rudolf Haunschmid im Jahr 2007 mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Oberösterreich ausgezeichnet. Heute noch engagiert er sich unermüdlich als Zeitzeuge in Schulklassen, tritt als Mahner gegen Faschismus und Rechtsextremismus auf und leistet einen wichtigen Beitrag zur Demokratieerhaltung in Österreich.

DARIO BRENTIN